

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Gegen das Strafvollzugssystem der Bourgeoisie

## Meuterei im Gefängnis

Rebellion wegen schlechten Essens / Das Gefängnis in Princetown (England) in Brand gesteckt / Mit Waffen gegen die Wärter / MacDonald-Regierung verschleiern die Ereignisse

London, 25. Januar.

Bereits seit einigen Tagen waren in dem (Grafschaft Devonshire) Unruhen im Gange. Die Gefangenen protestierten vor allem gegen die schlechte Ernährung. Am Sonnabend wiesen sie das Essen zurück. Am Sonntag brach eine offene Meuterei aus.

Die ersten Anzeichen der Unruhen zeigten sich schon in den früheren Morgenstunden des Sonntag, als die Gefangenen ein Geheul anstimmten, das sich von Zelle zu Zelle fortpflanzte. Beim Frühstück trommelten sie mit Löffeln und Gabeln auf die Tische und beklagten sich darüber, daß die Haferrütze nicht gezuckert sei. Einige warfen den Wärtern ihre Portionen ins Gesicht. Auf dem Wege zur Kirche kam die Meuterei zum offenen Ausbruch. Die Gefangenen stimmten die Internationale an und stürzten sich plötzlich auf die Wärter, die sie mit Nägeln, Eisenstücken, Stuhlbeinen und Stöcken angriffen. Nachdem die Meuterei die Zellen der Polizei hat deshalb eine Razzia in der ganzen Umgebung eingeleitet. Ein Gefangener, der auf das Gefängnisdach geklettert war,

wurde von einem Polizeioffizier heruntergeschossen. Der Gouverneur des Gefängnisses war von einem Gefangenen in eine Zelle eingeschlossen worden und mußte von der Polizei befreit werden. Am Sonntag nachmittag konnte die „Ordnung“ im Gefängnis wieder hergestellt werden.

Der Schwerverbrecher aufgebrochen hatten, stürmten sie das Verwaltungsgebäude, warfen die Scheiben ein und schlugen sämtliche Einrichtungsgegenstände kurz und klein. Darauf setzten sie das Gebäude in Brand. Der Glockenturm des Gefängnisses und einige Büroräume brannten völlig aus, obwohl die Feuerwehr den Brand mit aller Kraft bekämpfte.

Die Gefängnispolizei und die von außerhalb eingetroffenen Gendarmen eröffneten das Feuer auf die Gefangenen. Es wird vermutet, daß ein Teil der Gefangenen geflüchtet ist.

### Die immer kampfbereiten Maschinengewehre . . .

Bei Bekanntwerden der Meuterei wurden in der Kaserne von Crownhill 200 Soldaten

sowie zwei Maschinengewehrabteilungen mobilisiert und marschfertig aufgestellt. Ihre Absendung wurde jedoch unterlassen, da die Meuterei vorher von der Polizei unterdrückt worden war. Das Gefängnis steht nun „unter schärfster Bewachung“ von über 100 Polizisten. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 200 000 Mark geschätzt.

### Das Ministerium vertuscht

Das englische Innenministerium veröffentlicht einen Bericht, in dem die wesentlichen Vorgänge verschwiegen werden. „Die Ursache der Unruhen ist nicht bekannt“, erklärt die MacDonald-Regierung. In der amtlichen Meldung ist nur von einer Anzahl verbrannter Akten die Rede.

Pressephotographien aber, die von Flugzeugen aus aufgenommen worden sind, zeigen, daß das ganze zweistöckige Hauptgebäude, dessen Fassade eine Front von zwölf Fenstern hatte, mitsamt seinem Glockenturm vollständig verbrannt ist.

### Um das Schicksal der spanischen Revolution

Neue Diktatur in Spanien in Aussicht! Energisches Einschreiten gegen die Ausschreitungen des Pöbels! Keine Ausweisung der Jesuiten aus Spanien! So und ähnlich sind die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse, die die Vertreter der internationalen Reaktion freudig aufhorchen lassen. In der Tat ist die spanische Revolution in schwerer Gefahr. Vor allem durch das Versagen der beiden Koalitionsregierungen, die kein einziges der brennenden Probleme auch nur annähernd befriedigend zu lösen vermochten.

Der Umsturz vom April 1931 war darum für die neuzeitliche Geschichte Spaniens von ganz besonderer Bedeutung, weil er nicht durch das Pronunciamento (Proklamation) eines Generals eingeleitet wurde, sondern weil zum ersten Male wieder seit einem Jahrhundert die breiten Volksmassen selbst erfolgreich handelnd auf die Bühne traten. Es waren die Arbeiter, die in Verbindung mit der radikalen bürgerlichen Intelligenz der Herrschaft Alfonsos des Letzten ein Ende machten. Die Aprilrevolution hat die Monarchie und die monarchistischen Parteien zermalmt. Aber heute schon liegt es klar zutage, daß die republikanische Bourgeoisie Spaniens in allen ihren Schattierungen nicht imstande ist, die bürgerliche Revolution auch nur annähernd in demselben Maße durchzuführen wie die französische Bourgeoisie von 1789. Ganz zu schweigen von den Forderungen der Arbeiterklasse, die nach einem kurzen Verbrüderungstaumel heute ebenso beantwortet werden, wie unter Alfons dem XIII., nämlich mit den Gewehren der bourbonischen Guardia Civil und mit dem Kerker. Der Prüfstein war aber die Kirchenfrage, und hier wurde trotz aller schmetternden Fanfaren gegen Monarchie und Klerisei durch das Verfassungskompromiß praktisch die Kapitulation vor der allmächtigen schwarzen Reaktion vollzogen. Unter diesen Umständen ist die einzig wirklich verlässliche Kraft gegen die Wiederkehr von Reaktion und Militärdiktatur die Arbeiterklasse, das industrielle Proletariat in Verbindung mit den Massen der Landarbeiter.

Seit Jahrzehnten geht durch die Reihen des spanischen Proletariats ein tiefer Graben, der durch aHndlungen des gegenseitigen Hasses und durch Blutvergießen fast unüberbrückbar geworden ist. Auf der einen Seite steht die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft, auf der anderen der Anarcho-Syndikalismus. Die Kommunisten spielen faktisch keine Rolle.

Der Anarcho-Syndikalismus hat seine Wurzeln in der Zurückgebliebenheit und Verkrüppelung des spanischen Wirtschaftslebens. Friedrich Engels hat schon die ganze geistige Beschränktheit dieser Richtung sowie die Ohnmacht und Erfolglosigkeit ihrer Politik aufgezeigt. Seit jenen Tagen hat sich daran nicht viel geändert. In seiner Hochburg Barcelona ist der Anarcho-Syndikalismus faktisch die Hauptstütze der Herrschaft der linken katalanischen Bourgeoisie. Die syndikalistischen Arbeiter stimmten trotz aller offiziellen Enthaltungssparolen in Massen für Maciá und die Seinen. Das hat diese natürlich

Gemordet von ihren „Rettern“

## Das Ende der Demokratie Treviranus erklärt, sie darf nie wieder kommen

Berlin, 25. Januar

Reichsminister Treviranus veröffentlichte gestern einen Artikel, in dem er triumphierend feststellt: „Es besteht keine Herrschaft der Parteien mehr.“ Das bedeutet — was wir allerdings schon lange festgestellt haben, was nur die Regierung und die SPD bisher bestritten — daß die bürgerliche Demokratie in Deutschland beseitigt, die Verfassung von Weimar tatsächlich außer Kraft gesetzt ist. Daß das nicht nur ein vorübergehender, sondern ein dauernder Zustand sein soll, spricht der folgende Absatz aus Treviranus' Artikel deutlich aus:

„Bedeutungsvoll ist die Frage, in welchen Formen die Gesetzgebung in Zukunft sich vollziehen und der Wille der Nation sich ausdrücken wird. Der Kanzler hat die Notverordnungspraxis immer wieder mit Recht als eine Kriegsmaßnahme gekennzeichnet. Andererseits widerspricht es dem innersten Willen der Nation, daß wir in den Parlamentarismus und jene unumschränkte Herrschaft der Parteien zurückfallen, wie wir sie mit Schaudern erlebten. Für diese Zeit der Kämpfe drinnen und draußen muß eine über den Parteien stehende Autorität die oberste Führung haben.“

Also jene Regierung, von der die Sozialdemokratische Partei erklärte, daß sie die Demokratie rette, erklärt hier ganz deutlich, daß die Beseitigung der Demokratie endgültig sein solle. „Wo wäre die Regierung Brüning ohne die Eisenerne Front“ — so führt sich die Sozialdemokratie. Ja: wo wäre ohne die Eisenerne Front die Regierung, die nicht nur

die grausamste Ausbeutung über die Arbeiterklasse herbeiführte, sondern die auch obendrein die bürgerliche Demokratie endgültig mordet. Nur: Sind sich die Proleten der Eisernen Front dessen gar nicht bewußt? Begreife sie noch nicht, daß die Arbeiter um eine neue Demokratie kämpfen müssen, um die Räte-Demokratie, die die proletarische Revolution erkämpft!

### Bürgerkriegsübungen vor den Toren Berlins

ZN. Berlin, 24. Januar.

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin hat dem Reichswehrministerium als der obersten Aufsichtsbehörde des Truppenübungsplatzes Döberitz bei Berlin mitgeteilt, daß dort an den Sonntagen des 10. und 17. Januar 1932 Übungen geschlossener Formationen des Stahlhelms und der Sturmabteilungen (SA) der NSDAP in Stärke von je 2—3000 Mann stattgefunden haben. Der Anmarsch zum Truppenübungsplatz fand auf Automobilen, Motorrädern, Fahrrädern statt.

Die Republikanische Beschwerdestelle nennt als ihre Quelle eine „durchaus glaubwürdige Seite“, für deren Zuverlässigkeit sie die Verantwortung übernimmt. Sie fügt hinzu, daß angenommen werden muß, daß die Kommandantur des Truppenübungsplatzes Döberitz von den Vorgängen Kenntnis hatte.

Ein alarmierendes Zeichen für die Situation, in der sich die Arbeiterklasse befindet!

### Nazi mit Gasbombe

Köln, 24. Januar.

Nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung am Sonnabendabend trat die Polizei auf dem Neumarkt einer Gruppe SA-Leute entgegen, um sie zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die SA-Leute setzten der Polizei erheblichen Widerstand entgegen. Sieben Personen wurden festgenommen. Bei einem der Festgenommenen wurde eine Schreckschußpistole und eine Tränergasbombe gefunden.

### Die gelbe Mord-Furie

Essen, 24. Januar.

Die Erschießung des Nationalsozialisten Arnold Guse am Dienstagabend hat nach Mitteilung des Polizeipräsidenten ihre Aufklärung dahin gefunden, daß der tödliche Schuß von einem Parteigenossen versehentlich abgegeben worden ist. Der betreffende SS-Mann ist verhaftet worden und wird dem Richter vorgeführt werden.

Nazis erschießen so ganz nebenbei, „versehentlich“ ihre Kameraden. Und die Mordhetze gegen die Kommunisten geht dann fessellos ins Land hinaus. Sie hat ihre verhetzende Wirkung getan auch dann, wenn wirklich einmal unter tausenden der wahre Sachverhalt aufgeklärt wird.

### Unruhen in San Salvador

Wie aus San Salvador gemeldet wird, griffen Aufständische die Städte Santa Tecla, Gorgoza und La Libertad an; die Telephonkabel und die Eisenbahnschienen wurden zerstört.

Wie von Regierungsseite in Salvador verlautet, ist der Aufstand bereits im wesentlichen unterdrückt.

# Der Pakt des Finanzkapitals

nicht daran gehindert, in der Nationalversammlung nur ihre bürgerlichen Interessen zu vertreten. (Nur eine kleine Gruppe um Franco und einige linksradikale Katalanen haben sich bisher wüthlich für die Arbeiter eingesetzt. Das sind auch die „Gewerkschaftsvertreter“ der unwissenden bürgerlichen Zeitungsschreiber, die mit einem Teil der Banken gegen die Verfassung strümpfen.)

Mindestens oben verhängnisvoll wie auf politischem Gebiet wirkt sich die syndikalistische Taktik auf gewerkschaftlichem Gebiet aus. Die Revolution hat auch die ökonomischen Fesseln des Proletariats, die ihm die Diktatur angelegt hatte, gelockert, und ein ununterbrochener Strom von kleineren und größeren Streiks wälzt sich seit Monaten durch das ganze Land. Ein herrliches Exerzierfeld für die revolutionäre Gymnastik des Anarcho-Syndikalismus. Wenn die Besatzung eines Schiffes im Hafen von Malaga mit ihrem Kapitän Differenzen hat, gleich wird die gesamte Arbeiterschaft der Provinz zum Generalstreik aufgerufen. Beim Bergarbeiterstreik in Asturien und im Telefonstreik fragte niemand nach dem Willen der Mitglieder der bedeutend stärkeren regnerischen Organisationen. Die Gewaltanwendung gegen die „Streikbrecher“ und die Sabotage sollten den fehlenden Massenwillen ersetzen. Die Erfolge waren demnach durchschlagend.

Die offizielle Politik der Sozialistischen Partei Spaniens trägt nicht dazu bei, die Fehlschüsse des Syndikalismus auszugleichen. Die Taktik des rechten Flügels, dessen Mehrheit innerhalb der Partei allerdings nicht groß ist, bewegt sich durchweg im Sinne der bedingungslos ca. Koalitions politik. Man schwärmt, als Maura, der Innenminister der ersten Koalition, Provokationen auf Provokationen gegen die Arbeiterschaft häufte, die sich bis zum Laubbad von Sevilla steigerten. Die berüchtigte Militärpolizei, die zuverlässigste Schutzgarde aller Ausbeuter, die Guardia Civil, mit dem notorischen Arbeiterfeind Sanjurjo an der Spitze, wurde nicht aufgelöst. Sie sollte nach berühmtem Muster „republikanisieren“ werden. Der wegen seiner Teilnahme an der Regierung Primo de Rivera bei den Arbeitern unbeliebte Largo Caballero, der Arbeitsminister, verfolgt mit unentwegter Borniertheit seine Lieblingsidee, die obligatorischen Schlichtungsausschüsse. Ja, er glaubte sogar, den Strom der Lohnbewegungen durch das schikanöse Gesetz zum Schutz der Republik eindämmen zu können. Die Hauptfehler hat man aber in der Kirchenfrage und bei der Präsidentenwahl begangen. Die Fraktionsmehrheit wollte die rechtsliberale Bourgeoisie, die in der Kirche ihre zuverlässigste Klassenstütze sieht, nicht kopfscheu machen. Trotz des heftigsten Protestes der Parteimitgliedschaft war sie von vornherein zum Kompromiß entschlossen. Entgegen dem Willen der bürgerlichen Radikalsocialisten sogar. Die Regierungskrise blieb trotzdem nicht aus, aber der Fehler wurde noch dadurch vergrößert, daß man den zurückgetretenen Alcalá Zamora dann auch noch zum Präsidenten wählte und ihm diktatorische Vollmachten in die Hand gab. Man hat damit den Bock zum Gärtner gemacht.

Unter diesen Umständen könnte man sich über die Zukunft der spanischen Revolution nur mit starken Befürchtungen äußern. In der letzten Zeit sind jedoch mehrfach Ergebnisse zu verzeichnen gewesen, die unter den speziellen speziellen Verhältnissen einen großen Fortschritt bedeuten. In Bilbao und an anderen Orten gegen sozialistische und syndikalistische Arbeiter gemeinsam Abwehrstreiks und Aktionen gegen reaktionäre Übergriffe durchgeführt. In beiden Lagern bestanden sich auch an der Spitze Kräfte zu sagen, die die Verfolgung beider Kaders im Kampf herbeiführen wollen.

Jeder Teil der spanischen Arbeiterbewegung hat seine Schwächen aber auch seine starken Seiten. Der sozialistische Arbeiter ist durch die Schule der massen Massenorganisationen gegangen, er will vor allem diszipliniert und überlegt zu kämpfen. Die syndikalistische Arbeiter wiederum haben mehr als hundertmal bewiesen, daß sie für ihre Idee auch zu sterben wissen und auch mit einem anscheinend übermächtigen Gegner den Kampf aufnehmen, wenn sie das für notwendig halten.

Trotz aller Gegensätze sind doch beide Teile des spanischen Proletariats der ingrimmigste Haß gegen Pfaffen und Militarisimus und gegen jenes ganze Geschmeiß, vom örtlichen Kasikentum (Dorfdiktatoren) angefangen bis in die Reiner. Der korrupten bürgerlichen Politiker, das seit Jahrzehnten und Jahrhunderten das spanische Volk aussaugt.

Gelingt es rechtzeitig und über alle Gegensätze hinweg der Einheitsfront des Proletariats eine breitere Basis zu geben und sie auf die entscheidenden Zentren des Landes auszudehnen, dann wird es keinem General und keinem Politiker gelingen, erneut eine Diktatur über das spanische Volk aufzurichten. Dann, und nur dann, ist die spanische Revolution gerettet. Ibericus.

Deutsch-amerikanischer Bankier gestorben. Der New Yorker Bankier Paul Warburg ist im Alter von 63 Jahren in New York gestorben. Der Verstorbene ist aus der Hamburger Bankiersfamilie gleichen Namens hervorgegangen.

Während die Staatsmänner Europas und der Vereinigten Staaten noch erbitterte Reden gegeneinander halten, internationale Konferenzen scheitern, bevor sie beginnen, und die öffentliche Schuld Deutschlands sowie die interalliierten Schulden das große Problem bilden, das die Welt beunruhigt, haben es die Großbankiers in wenigen Wochen geschafft. Seit Dezember haben sie Tag und Nacht in der Reichsbank zusammengesessen, Sonntags, Alltags und Feiertags, mit dem Ergebnis, daß das Stillhalteabkommen über die kurzfristigen deutschen Auslandsschulden, das am 29. Februar 1932 abläuft, um ein Jahr verlängert wird.

Während in der Politik die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten nach wie vor überwiegen — und in der letzten Zeit stärker denn je —, hat sich in der Sphäre des internationalen Finanzkapitals eine gewisse Interessensolidarität herausgebildet, denn wenn es in dem Bericht heißt:

„die gegenwärtige übersteigerte Krise muß dahin führen, daß die Völker der Erde miteinander verarmen. Das Gegenteil muß erreicht werden: die Länder müssen miteinander reich werden“,

so ist das mehr als eine bloße Phrase. Es liegt darin die Einsicht, daß das kapitalistische System, das in allen Ländern schwer erschüttert und in seiner Existenz bedroht ist, nur durch gemeinsame Aktionen der bedrohten Finanzkapitalisten zu retten und wenigstens in seiner Existenz zu verlängern ist. Das hindert natürlich nicht, daß die ausländischen Bankiers, die in Berlin zusammengesessen haben, keinerlei Interesse daran hatten, durch übermäßige Konzessionen, die sie dem deutschen Finanzkapital etwa in der Form des völligen Schuldenerlasses oder eines langfristigen — nach Deutschlands Wunsch einen zehnjährigen — Zahlungsaufschubs auf die eigenen Rechte zu verzichten. Aus dieser loppelten Einstellung ist das Abkommen entstanden, das zugleich noch einen weiteren interessanten Zug aufweist. Es enthält die Klausel, daß es

vorzeitig außer Kraft tritt, wenn die der Reichsbank gewährten Notenbankkredite nicht erneuert werden oder wenn „besondere finanzwirtschaftliche Ereignisse auf internationalem Gebiet nach Auffassung der ausländischen Bankenausschüsse die Ausführung des Abkommens wesentlich gefährden“.

Diese beiden Klauseln bedeuten einen deutlichen Hinweis auf die gegenwärtigen Reparationsverhandlungen. Die privaten Gläubiger fixieren mit diesen Klauseln eindeutig den Vorrang der privaten Schulden Deutschlands gegenüber den öffentlichen Ver-

pflichtungen und sichern sich das Mittel, einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben. Zweifellos hat die „Frankfurter Zeitung“ recht, wenn sie meint, diese Klausel sei so auszulegen, daß eine Wiederaufnahme der deutschen Reparationszahlungen einer Mehrheit der Auslandsgläubiger das Recht zur sofortigen Kündigung des Stillhalteabkommens gäbe. Der Druck des Kapitals auf die Regierung, an ihrer bisherigen nationalistischen Außenpolitik festzuhalten, wird sich also nach dem Stillhalteabkommen noch verschärfen.

Die internationale Solidarität des Finanzkapitals kommt deutlich dadurch zum Ausdruck, daß man in dem Gutachten den deutschen Kollegen ausdrücklich eine Ehrenerklärung abgibt. Ueber die sinnlose Verschwerungswirtschaft, die Jahre hindurch durch die aufgeblähte Kreditpolitik betrieben worden ist, unterhält man sich vielleicht in den Privatkonzerten, nach außen hin aber — das gehört in den ungeschriebenen Ehrenkodex der Herren vom Großkapital — bezeugt man sich gegenseitig nur seine absolute Lauterkeit. Wie wird man auch den antikapitalistischen Kräften der Welt eine Waffe in die Hand geben? Daher der Passus des Berichtes:

„Die kurzfristigen Schulden repräsentieren Beträge, die für wirtschaftliche Zwecke verwendet, und zwar in ihrer Gesamtheit zweckmäßig verwendet wurden. Die Kredite sind vorsichtig gewährt worden, und im allgemeinen gegen gute Unterschriften.“ (Siehe Katzenellenbogen, Lohsen und Konsorten. D. Red.)

Diese Ehrenerklärung, die das ausländische Finanzkapital dem deutschen abzugeben sich bemüht, hindert nicht, daß das Abkommen eine ganze Reihe von Sicherheitsklauseln enthält, die nicht gerade ein Beweis von unbedingtem Vertrauen sind. Die Abzahlungsrate, die mit 10 Prozent festgesetzt ist, wird gesichert durch die Einsetzung eines

sechsköpfigen Komitees der Gläubigerbanken,

das vierteljährlich zusammentreten und die Lage prüfen soll. Damit ist eine ausländische Kontrolle des deutschen Bankwesens geschaffen, gegen die die deutschen Unternehmer sich während der Verhandlungen heftig zur Wehr gesetzt hatten. Das Sicherungsbefürnis ist besonders von amerikanischer Seite stark in den Vordergrund geschoben worden mit dem Ergebnis, daß, wie die „Frankfurter Zeitung“ richtig feststellt, die letzten deutschen Kreditnehmer mindestens ebenso eingehend kontrolliert werden können, wie die deutschen Banken. Wenn

damit die deutsche Industrie- und Bankwelt ihre Selbständigkeit weitgehend aufgeben mußte, so ist das lediglich ein Ergebnis der Juli-Krise, deren Entstehung das Ausland also praktisch erheblich anders bewertet, als es in der oben erwähnten großen Geste zum Ausdruck kommt. Eine weitere Sicherung haben die amerikanischen Banken durch die Schaffung von sogenannten

## Trustzertifikaten

geschaffen, die die Reichsbank auszustellen und den Gläubigern auf Verlangen auszuhandigen hat. Ihr Zweck ist, die bisher ungesicherten Barvorschüsse sicherzustellen.

Es wäre durchaus verfehlt, den Pakt, den die Finanzkapitalisten miteinander abgeschlossen haben, lediglich als eine Angelegenheit der Hochfinanz zu betrachten, deren Einzelheiten die Arbeiterschaft nicht berühren. Mit der unsicheren Kreditlage sind in den letzten Monaten immer wieder alle Anschläge gerechtfertigt worden, die die Regierung auf die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterschaft ausgeführt hat. Diese Unsicherheit ist jetzt bis zu einem gewissen Grade geschwunden, die ausländischen Banken haben für die deutschen Schwierigkeiten mehr Verständnis gezeigt, als die deutschen „Wirtschaftsführer“, die die Schuld an den Wirtschaftskatastrophen tragen, verdienen. Sie haben das gewiß — das sei nochmals betont — keineswegs um einer großzügigen Hilfsaktion willen getan, sondern aus wohlverstandener Eigeninteresse. Wenn sie sich Hintertüren offen ließen, durch die im gegebenen Augenblick das ganze Vertragswerk außer Kraft gesetzt werden kann, so hat nicht zuletzt die Arbeiterschaft ein Interesse daran, darüber zu wachen, daß nicht durch neue Katastrophen weitere Unsicherheiten geschaffen werden, deren Folgen in erster Linie nicht die eigentlich Schuldigen, sondern die breiten Massen der Werttätigen zu tragen haben. Der Pakt des Finanzkapitals bedarf also, wenn er sich wirklich auswirken soll, einer Ergänzung, die nur dadurch geschaffen werden kann, daß die lebenswichtigen Zweige der deutschen Wirtschaft einer öffentlichen Kontrolle unterstellt und der Verfügungsgewalt der in- und ausländischen Kapitalmagnaten entzogen werden. So aufmerksam die Arbeiterklasse auch die Abkommen der Kapitalisten zu beobachten hat, so wenig darf sie sich der Illusion hingeben, daß hier wieder einmal der berühmte „Silberstreifen“ auftaucht, der die „Rettung“ bringen wird. Sie ist und bleibt innerhalb des kapitalistischen Systems eine Unmöglichkeit und kann nur durch seine endgültige Ueberwindung geschaffen werden.

## Die Nazis koalitionsreif

Bremen, 24. Januar.

In einem Artikel nimmt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Thiele-Bremen zu dem Mißtrauensantrag der NSDAP gegen den Senat Stellung. Die Nationalsozialisten seien, sagt er, zur Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung mit den Fraktionen der Mitte bereit. Die Grundlagen eines Regierungsprogramms seien: 1. Wahrung der Selbständigkeit Bremens. 2. Wiederherstellung der Achtung vor der Autorität des Staates. 3. Schutz, Pflege und Förderung einzig und allein der deutschen Kultur. 4. Grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Anleihepolitik. 5. Aenderung der bisherigen Finanzierungsverfahren für den Wohnungsbau. 6. Die städtischen Werke bleiben in staatlicher Verwaltung. 7. Abbau der Sitzengehälter und 8. Aufdeckung aller Korruptionsfälle und strenge Ahndung ohne Rücksicht auf die Person.

In diesem Programm fehlt alles das, was bisher die Bourgeoisie abhielt, die Nazis unmittelbar an die Macht zu lassen. Sie haben sich restlos eingefügt in die politischen Bedürfnisse der Ausbeuterklasse. Und sie haben — wie der vielsagende Punkt 2 zeigt — begriffen, daß eins vor allem von der Bourgeoisie gebraucht wird: die bedingungslose Gewaltherrschaft des Ausbeuterstaates über die rebellierenden proletarischen Massen.

\*

Die Deutsche Volkspartei fordert, wie der Vorsitzende Dingeldey in einer Rede in Chemnitz erklärte, von neuem mit allem Nachdruck die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Reichsregierung.

## Bauern am Verhungern

Istanbul, 25. Januar.

In den ländlichen Bezirken südlich von Smyrna ist eine schwere Hungersnot ausgebrochen. Die gesamte Ernte, besonders der Tabak, ist unverkauft. Es herrscht furchtbares Elend. Der Staat und der „Rote Halbmond“ organisieren eine großzügige Hilfsaktion.

## Schneestürme über Griechenland

In ganz Griechenland herrscht heftige Kälte. Aus allen Bezirken kommen Meldungen über starke Schneefälle. Vom Ägyptischen Meer werden heftige Stürme gemeldet.

# Frenzel-Urteil bleibt!

## Die Revision vom Reichsgericht verworfen

Leipzig, 25. Januar

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Witt verhandelte heute der II. Strafsenat des Reichsgerichts die Revision des Bornimer Amtsvorstehers Arthur Frenzel, der, wie erinnerlich, nach monatelanger Verhandlung am 1. 12. 1930 vom Landgericht Potsdam wegen Blutschande in Tateinheit mit der Vernehmung unzüchtiger Handlungen nach § 176, Absatz 3 StGB. zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus und dreijährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt worden war.

Die von Rechtsanwalt Dr. Brandt-Berlin persönlich vertretene Revision behandelt in 16 verschiedenen prozessualen Punkten Verfahrensverstöße, die nach Auffassung der Verteidigung zur Aufhebung des Urteils führen müßten. In materieller Hinsicht wurde geltend gemacht, daß das über 800 Seiten lange Urteil der Vorinstanz nicht nur in sich widerspruchsvoll sei, sondern auch auf Grund seiner Formulierung

auf eine gewisse persönliche Voreingenommenheit gegen den Angeklagten schließen lasse, indem es ihn nach Äußerlichkeiten, insbesondere seinem teilweise saloppen Verhalten vor Gericht bewertet habe. Die Verteidigung stellt daher den Antrag, das von ihr angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache an ein benachbartes Gericht zurückzuverweisen. Allen diesen Anträgen gegenüber stellt Rechtsanwalt Dr. Feisenberger den Antrag, die Revision des Angeklagten sowohl prozessual wie materiell als unbegründet zu verwerfen. Für den Fall jedoch, daß der Senat dennoch zu einer dem Angeklagten günstigen Entscheidung und damit zur Aufhebung des Urteils gelangen sollte, beantragte er in Uebereinstimmung mit der Verteidigung hilfsweise die Zurückverweisung der Sache an ein benachbartes Gericht.

Der Urteilsspruch des Zweiten Strafsenats lautet:

Die Revision des Amtsvorstehers Artur Frenzel wird verworfen. Die gegen das Urteil vorgebrachten rechtlichen Bedenken seien zwar nicht durchweg einfach zu verwerfen, soweit aber Bedenken gegen die Prozeßführung berechtigt seien, konnte nirgends festgestellt werden, daß dadurch die Urteilsfindung beeinflusst worden sei.

## Redeverbot gegen Goebbels

Berlin, 25. Januar.

Polizeipräsident Griesinski hat für den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels, der heute abend in einer öffentlichen Versammlung sprechen sollte, wegen seiner am Sonnabend im Helldorff-Prozess gegen die Polizei erhobenen Angriffe ein Redeverbot verhängt. In der Begründung heißt es: „Sie haben in dem Strafprozeß gegen Helldorff und Genossen meine Behörde und meine Beamten in frivoler Weise beschimpft und verleumdet. Unter diesen Umständen ist zu besorgen, daß Sie in der für Montag geplanten öffentlichen Versammlung Ausführungen machen werden, durch die die Versammlung unfriedlich wird und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden“.

Die Polizei macht also Herrn Goebbels wieder einmal zum Märtyrer, ohne den Nationalsozialisten im geringsten zu schaden. Denn irgendein anderer wird nun an seiner Stelle die fällige Aufhetzung vornehmen. Von der Seite der Nazi-Bekämpfung gesehen ist diese „Aktion“ also ein Schlag ins Wasser. Von einer anderen Seite aber ist sie ein höchst bedenkliches Zeichen: Daß die Polizei einem Redner das Sprechen verbieten kann — nicht weil er etwas Strafbares gesagt hat, sondern weil er etwas der Polizei Mißfälliges an ganz anderer Stelle sagte und die Polizei fürchtet, er könnte . . . — Diese Willkürherrschaft der Polizei ist ein Skandal, ist bereits ein Stück praktischen Faschismus!

Der Luftschiffer Hugo Eckener hielt am Sonnabend einen Rundfunkvortrag über die Notwendigkeit einer Verlängerung von Hindenburgs Amtszeit. Daß die Regierung solche politische Hilfe braucht, ist ein Armutzeugnis schlimmster Art.

# Die Matrosenrevolte von 1917

Der Bericht eines zum Tode Verurteilten — Von Willy Sachse

2. Fortsetzung

Wir schreiben Juli 1917.

„Wir fahren raus, wenn in drei Tagen keine Nachricht, dann los! Gruß Hans.“ Mit dieser Nachricht überrascht mich der Pinaßkutscher Hans Beckers von „Prinzregent Luitpold“ gab sie zur Weiterbeförderung an mich. Die Heizer seines Schiffes meuterten.

Tags zuvor verbot man ihnen die Freizeit, den Kinobesuch und befahl einfach militärischen Dienst. Da begehrten die Heizer auf. Willkürlich verhaftete man einige von ihnen. Um die Freilassung ihrer Kameraden zu erzwingen, zogen vierhundert Heizer in geschlossenem Zuge von Bord, durch die Werft nach Mariensiel. Niemand wagte sie anzuhalten. Diese russigen, derben, verbissenen Gestalten. In Mariensiel wurde Halt gemacht, Köbis sprach zu den erregten Matrosen. „Kameraden, wir handeln zu früh. Wir müssen doch immer die ganze Bewegung im Auge haben. Schließlich geht es um mehr, als nur um Freizeit und Kinobesuch. Wir wollen den Frieden. All die Jahre hat man uns geschunden, wir ertrugen es. Draußen an den Fronten fielen unsere Brüder und wir lagen untätig in den Häfen oder auf Reede. Wollten wir aktiv sein, gab es nur eine Lösung: Himmelfahrtskommando, Minenbesuch — oder Hilfskreuzer. Ich glaube aber nicht, daß wir hier dem Frieden dienen. Den müssen wir uns anders erkämpfen. Das ist eine große und schwere Aufgabe, deshalb dürfen wir uns nicht in solch kleine Dinge verlieren. Aber, da der Ausmarsch geschehen ist, heißt es nun, zusammenzustehen. Wir kehren geschlossen an Bord zurück und fordern die Freilassung der Kameraden. Geben sie die uns nicht frei, gehen wir nicht an die Arbeit!“

Köbis' Anordnungen fügten sich die Demonstranten. Sie kehrten geschlossen zurück, begrüßt von den soeben freigelassenen Kameraden. Doch nun geschah etwas, das auch uns erschreckte. Schiffsalarm. „Prinzregent Luitpold“ machte Dampf auf und ging allein in See. Den Kameraden drohte ernste Gefahr. In dieser Not schrieb Beckers an mich, an uns. Sie wollten Hilfe. Nur wir konnten sie bringen!

In einem Innenbunker treffen wir zusammen und beraten. Max Reichpietsch, Fritsche Arno, Weber und ich. „Wir müssen sofort helfen, sonst ist es spät.“ Reichpietsch dreht sich um. „Laßt uns nicht lange reden, welche Schiffe liegen noch im Hafen?“ Er zählte: „Helgoland“, „Westphalen“, „Ziethen“, „König Albert“ und „Seydlitz“. Sekundenlang mustert Max. „Du, Willy, geh auf „Seydlitz“. Du, Arno, auf „König Albert“, Du auf „Helgoland“. Kurz und bestimmt verteilt er die Rollen. Es ist sechs Uhr. Zur Mittelwache sollen die ersten Arbeitsverweigerung beginnen.

Der Heizer Adomeit drückt sich durchs Panzerdeck und schleicht achteraus. Er läßt sich dem Stabsingenieur melden. „Nun, Adomeit, was haben Sie?“ Wohlgefällig, herablassend fragt der Stabschef. „Herr Stabsingenieur, unter den Heizern ist große Aufregung wegen des „Prinzregent“. Heute Nacht wollen alle die Arbeit verweigern, wenn „Prinzregent“ nicht bis dahin zurück ist. Man plant auch einen Anschlag auf die Akkumulatorenbatterie. Um Mitternacht geht es bestimmt los!“ Der Stabsingenieur überlegt und klingelt dann dem Burschen. „Melden Sie

mich Kapitän Fuchs. Der Bursche macht Meldung, Adomeit und der Ingenieur gehen zur Kommandantenkabine. „Woher wissen die Heizer, daß etwas los ist auf „Prinzregent“?“ „Der Sachse hat einen Brief bekommen. Er verlas ihn im Deck und hat die Kameraden aufgewiegelt.“ „Es ist gut. Heizer Adomeit, ich werde Sie zur Beförderung vorschlagen.“ Der Kapitän erhebt sich. Mit knalliger Wendung geht Adomeit aus der Kabine und schleicht ins Wohndeck zurück.

Vier Stunden später geht „Prinzregent

Luitpold“ unmittelbar an der Schleuse vor Anker. Die Heizer aller Wachen sind unversehrt geblieben.

Ausmarsch auf „Prinzregent Luitpold“, Meutereien auf „Pillau“ und „König Albert“, drohende Haltung der Mannschaft auf „Friedrich der Große“. Eine kritische Lage für die Flottenleitung.

Spitzel und Provokateure sind überall in Tätigkeit. Köbis warnt. Die Bewegung geht über alles hinweg. Mannschaftsstreiks folgen einer dem anderen. Ver-

sammlungen steigen, die Zusammenkünfte mehren sich. Die erste große Versammlung, dreihundert Mann, fliegt auf. Weber, der Referent des Schiffes, wird verhaftet. Er ist Mitglied der Leitung der gesamten Matrosenbewegung. Fischer fliegt im Heimaturlaub auf. Er ist ein wichtiger Funktionär auf dem Kreuzer „Pillau“. Man findet sämtliche Namen und Schiffadressen der Matrosenleitung bei ihm. Am nächsten Tage sind wir alle schon in Haft.

Admiral Scheer hatte der Bewegung die Köpfe abgeschlagen. (Fortsetzung folgt)

## Dr. Freys Plädoyer in Lübeck

Freisprechung wäre ein Dolchstoß gegen das Recht!

(Eigener Bericht der „SAZ“)

H. F. Lübeck, 25. Januar.

Unsern Lesern sind die Strafanträge der Staatsanwaltschaft bekannt: 3 Jahre Gefängnis für Prof. Deycke und Dr. Altstädt, ein Jahr für Prof. Klotz, Freispruch für die Schwester Anna Schütze. Die Staatsanwälte gingen bei ihren Plädoyers davon aus, daß eine Verwechslung der Kulturen im Lübecker Laboratorium nachgewiesen sei.

Für die Nebenkläger, die Eltern der gestorbenen und kranken Kinder, sprach zuerst Dr. Wittem. Ein Plädoyer von sechs Stunden, harte Leistung für den alten Mann. Aber was er sagte, machte der Verteidigung die Sache leicht. Er ging wieder von der Möglichkeit der Verwechslung ab und vertrat die Möglichkeit der Virulenzsteigerung des Calmette-Stoffes. Darum sei Calmette der Hauptangeklagte des Prozesses.

Aber am Freitagmorgen folgte ihm Dr. Frey, der zwar nur zwei Stunden für seine Ausführungen gebrauchte. Doch was er sagte, war Schlag auf Schlag der schärfsten Anklage. So wurde dieser Tag zum Höhepunkt des Prozesses. Frey erhob Anklage gegen die Vertrauenskrise der Medizin, auch gegen die Vertrauenskrise der Justiz. Das System der Medizin mit seiner Experimentiersucht — immer gerade an den Aermsten der Armen geübt — sitzt auf der Anklagebank. In Rußland wurde ein Arzt, dem ein Versehen unterliefe, zum Tode verurteilt. Bei der Einführung des Mittels spielte der Bazillus E (Ehrgeiz) eine große Rolle. Und was wurde eingeführt? Kein Calmette-Mittel, etwas völlig Neues. Deycke spricht bekanntlich von seinem „wissenschaftlichen Irrtum“ und glaubt jetzt an eine Virulenzsteigerung. Dieser Irrtum ist eine Phrase, eine Ausrede. Deycke hätte zu Beginn des Prozesses erklären sollen: ich bin schuldig. Dann hätte er juristisch verurteilt werden müssen. Nun muß das Urteil heißen: Wir sprechen dich nicht nur als Richter, sondern auch als Mensch schuldig. Weshalb hat man sich nicht in Lübeck auf zehn Kinder beschränkt? Das hätte niemand in Deutschland imponiert. Man wollte etwas Großes. Das noch so gerechte Urteil gibt den Eltern ihre Kinder nicht zurück.

Die medizinische Wissenschaft ist in Lübeck zur Mörderin geworden. Aber nicht nur die Medizin, auch die Rechtswissenschaft steht auf dem Spiel. Frei-

sprechung wäre ein Dolchstoß in die Unabhängigkeit der Justiz. Das Urteil muß ausfallen zur Sühne der Toten, zum Nutzen der Lebenden.

Am Sonnabend begannen die Verteidiger. Interessant war vor allem Darbøwen, der Verteidiger der Schwester Anna, der mit zwar sehr warmen Worten, aber wenig Verständnis für die Stimmung der Eltern (aber das ist ja nicht seine Aufgabe), zunächst einjährige Verurteilung des Prozesses, dann Freispruch für alle Angeklagten forderte.

## Immer wieder Nebel auf der Unterelbe

Hamburg, 25. Januar.

Während der Nebel, der im Laufe des Sonnabends die Schifffahrt auf der Unterelbe erneut zum Stocken gebracht hatte, am Sonntag gewichen war, wird bereits am heutigen Montagvormittag von den Stationen der Unterelbe wieder dichter Nebel gemeldet, der stellenweise nur Sichtweiten von 10 bis 50 m zuläßt und abermals jeglichen Schiffsverkehr unmöglich macht. Einige Schiffszusammenstöße werden berichtet.

## Die Auswanderung aus Deutschland

Berlin, 25. Januar.

Im Laufe des Jahres 1931 sind 15 000 Deutsche nach überseeischen Ländern ausgewandert; 60 000 Deutsche sind nach europäischen Staaten ausgewandert. Die Höchstziffer der Emigration war im Jahre 1923 zu verzeichnen, wo insgesamt 115 000 Auswanderer gezählt wurden.

## Der Spleen eines Kapitalisten

Der kürzlich verstorbene Präsident der Standard Oil Company New York, Henry C. Folger, hat dem Amherst-College eine Shakespeare-Bibliothek hinterlassen, die mit ihren rund 75 000 Bänden einzig in der Welt dasteht. Sie ist das Ergebnis einer vierzigjährigen Sammlertätigkeit — natürlich auch einer gut gefüllten Börse, denn Folger hat allein für den Ankauf der Bücher 4 256 000 Dollar ausgegeben. Für das Grundstück in Washington, auf dem die Bibliothek errichtet werden soll, sind 317 000 Dollar, für das Gebäude selbst 1 750 000 Dollar vorgesehen. Im ganzen kostet diese Shakespearebibliothek die hübsche Summe von 6 332 000 Dollars, das sind rund 27 000 000 Mark. Auf so kostspielige Art seinen Namen der Nachwelt zu erhalten, ist freilich nur wenigen Sterblichen möglich.

## Munitionskähne in die Luft geflogen

40 Tote!

Schanghai, 25. Januar.

Zwei chinesische, mit Munition beladene Lastkähne, die nach dem chinesischen Waffenarsenal unterwegs waren, explodierten aus unbekannter Ursache. Die gesamten Besatzungen von vierzig Mann wurden getötet. Die Explosion hatte eine große Panik zur Folge, da die Bevölkerung glaubte, daß die Japaner die Stadt beschossen hätten.

## Der Vulkanausbruch in Guatemala

WTB. New York, 24. Januar.

Die Verluste an Menschenleben durch den Ausbruch des Vulkans Acateango in Guatemala sind geringer gewesen, als ursprünglich befürchtet worden war. Die Regierung schätzt die Zahl der Todesopfer auf zehn. Flugzeugführer der Panamerikanische, die die betroffenen Gebiete überflogen haben, berichten, daß sie viel Rauch und Asche, aber verhältnismäßig wenig Zerstörungen gesichtet haben.

## Der Verkehr in Persien durch Schnee lahmgelegt

Der Verkehr in ganz Persien ist durch den Schnee vollkommen lahmgelegt. Die telephonischen Verbindungen mit der Hauptstadt sind seit sechs Tagen unterbrochen. Die Straßen sind unbefahrbar. Es fehlt an Kohlen und an Fleisch.

## Der letzte Urenkel Herders gestorben

Grünberg, 25. Januar.

In Schweinitz ist nach längerem Leiden im Alter von 62 Jahren Carl Alexander von Herder, der letzte Urenkel Johann Gottfried Herders, gestorben.

## Zugunglück in Frankreich 15 Arbeiter verletzt

Paris, 25. Januar.

In der Nähe von Gannat stießen im Nebel zwei Güterzüge zusammen, in denen 30 Arbeiter saßen. 15 Arbeiter wurden verletzt, davon zwölf lebensgefährlich. Der Materialschaden ist bedeutend.

Was sagt der Bär?

JUNO

6 Stück 20

Berlin raucht Juno!

JOSETTI JUNO

JOSETTI JUNO

# Arbeiter-Sport vom Sonntag

## Um die Kreisfußballmeisterschaften

### Der Schlesische Meister geschlagen

Sportfreunde Waldenburg sind im Wiederholungsspiel gegen den oberschlesischen Meister Eiche-Hindenburg vor 5000 Zuschauern mit 1:2 (1:1) unterlegen. Das erste Spiel endete nach mehrmaliger Verlängerung 2:2. Die Entscheidung um die schlesische Meisterschaft fällt nun zwischen Hindenburg und dem Görlitzer Bezirksmeister Jahn-Penzig.

### Die Provinz siegt im Kreis Hessen-Mittelrhein

Der dritte Spieltag brachte den zwei Frankfurter Meistern wieder Niederlagen. Egelsbach schlug den VfL Bornheim 3:2 und Naunheim blieb über Bockenheim mit 8:2 Sieger. Die besten Aussichten auf den Kreismeistertitel hat Naunheim, der Meister eines entlegenen Bezirks in Oberhessen.

### In Nordwestdeutschland führt wieder Bielefeld

Fichte-Bielefeld—SC Osnabrück 6:1. Gewinnt Bielefeld auch das Spiel gegen Hildesheim, ist es Meister der Südgruppe des nordwestdeutschen Kreises, sonst kommt es mit Hildesheim punktgleich.

### Verdiente Siege in Westdeutschland

Obersprockhövel—Dortmund Barop 4:1 (1:0), Wanne—Düren 3:1 (2:0). Das entscheidende Spiel um die westdeutsche Meisterschaft tragen am Sonntag Obersprockhövel und Wanne aus.

### Württemberg meldet:

Schramberg—Schwenningen 2:0. Schramberg ausgeschieden. Münster—Sindelfingen 4:3, eine Überraschung. Neckargartach—Wangen 2:0. Wangen hat keine Meisterschaftsaussichten mehr.

### Handball-Kreismeisterschaft von Hessen-Mittelrhein

Die führende Mannschaft Darmstadt erlitt am Sonntag von Frankfurt-Bockenheim eine 2:3-Niederlage und ist dadurch mit Bockenheim punktgleich geworden. Man gibt jetzt Bockenheim mehr Aussichten auf die Meisterschaft als Darmstadt.

### Olympia-Sieger im Geräteturnen in Leipzig

Die Leipziger Bezirksmeister-Mannschaft im Geräteturnen Freie Turnerschaft West hat mit der Verpflichtung der Olympia-Sieger Rödel, Neubert, Schuppel, Limburg, Hilpern und Tetzner für einen Wettkampf zu einem großen turnerischen Erfolg beigetragen. Es stand von vornherein fest, daß die Leipziger gegen die Olympia-Sieger keinen Sieg feiern würden. Die Bedeutung der Veranstaltung sportete die Leipziger zu großartigen Leistungen an. Sie erreichten 594 Punkte, die Olympia-Wettkämpfer brachten es auf 626.

### Ludwigshafen a. Rh. deutscher Meister im Ringen

In Stettin führte der Arbeiter-Athleten-Bund unter Mitwirkung des gesamten Arbeitersportkartells den Entscheidungskampf um seine Bundesmeisterschaft im Ringen durch. Endkampfgegner waren der süddeutsche Meister Ludwigshafen-Friesenheim und Sportklub 1925 Stolzenhagen (Pommern). Die Kämpfe fanden vor ausverkauftem Hause statt, und Hunderte von Schaulustigen mußten umkehren, da die Zentralthalle polizeilich gesperrt war. Am Schluß der ersten Runde stand das Punktverhältnis 8:6 für Ludwigshafen. In der 2. Runde blieb Ludwigshafen ebenfalls siegreich, so daß diese Mannschaft mit dem Gesamtergebnis von 16½:11½ Punkten Bundesmeister wurde.

### Rasensport im Vogtlande

#### Fußballspiele

Etwas war nicht schön an den Freundschaftsspielen des vergangenen Sonntag. Die Zuschauer glaubten alle, daß es Serienspiele wären, so hart wurde gespielt. Die meisten Mannschaften brachten recht knappe Resultate heraus, eine Ausnahme machte nur Lauterbach, sie siegten über Raschau mit einer hohen Torzahl.

Wacker—Kürbitz 3:2 (2:1). Man hatte bestimmt geglaubt, einen fesselnden Kampf zu sehen, aber nichts dergleichen. Technische Feinheiten sah man überhaupt nicht. Keine Partei hatte etwas mehr vom Spiel, alles wickelte sich im Mittelfeld ab.

Ellefeld—Dorfstadt 2:0. Die 1. Halbzeit wäre torlos verlaufen, wenn nicht der Schiedsrichter eine sehr harte Entscheidung getroffen und Ellefeld einen Elfmeter zugesprochen hätte, der zum 1:0-Stand führte. Erst in der 86. Minute reichte Ellefeld das zweite Tor an.

Eintracht—Treuern 1:0. Ein Werbespiel zeigten beide Mannschaften, das die Zuschauer von Anfang bis Ende in Spannung hielt. Die Hintermannschaften zeigten ihre Sicherheiten und besonders die Hüter waren in großer Form.

Auerbach—Rebesgrün 3:1. Wenn auch der starke Nebel und schlüpfrige Boden den Spielenden schwer zu schaffen machte, wurde dennoch ein ausgezeichnetes Spiel vorgeführt. Die erzielten Tore waren Glatzleistungen. Die Gäste waren dem Platzbesitzer in allem ebenbürtig, nur dem Sturm fehlte die nötige Schußfertigkeit.

Elsterberg—Grün (6. Bezirk) 2:1. Beide Mannschaften spielten zwar eifrig, aber vollständig systemlos. Die erste Halbzeit war ausgefallen, die zweite Halbzeit spielten die Gastgeber überlegen. Aber erst zehn Minuten

## Bundes-Fußballmeister „Lorbeer“-Hamburg geschlagen

### Exmeister Bahrenfelder SV 1919 siegt 1:0

Das Entscheidungsspiel um die Hamburger Bezirksmeisterschaft am Sonntag hat eine große Überraschung gebracht. Der bisherige Bundesmeister Lorbeer-Hamburg ist geschlagen worden und scheidet aus der Bewerbung um die Meisterschaft in seinem Bezirk aus.

Es war ein prächtiges Spiel, zu dem sich rund 8000 Zuschauer eingefunden hatten, ein Spiel das für die Arbeitersportbewegung würdig und zweifellos für sie wertvoll war. Beide Mannschaften waren nicht in stärkster Aufstellung angetreten. BSV mußte mit einem Ersatz-Rechtsaußen spielen, und Lorbeer fehlte der internationale Rechtsaußen A. Postler.

Das Spiel fing gleich flott an und sah BSV gleich vor L's Tor. Lorbeer holte aber sofort zum Gegenstoß aus, und nun sah man auf beiden Seiten im Sturm ein glänzendes Kombinationsspiel. In der 38. Minute kam

nach prächtiger Kombination BSV, zum einzigen Tor des Tages.

Auch nach der Pause fing der Kampf flott an, und man erwartete, daß L. wie so oft im Endspurt, gewinnen würde. Heute aber hatte die Mannschaft viel Pech. Kurz vor Schluß schoß der Mittelstürmer nach gutem Zusammenspiel ein Tor in BSV's Netz, das aber der Schiedsrichter wegen Abseits (?) nicht gelten ließ.

Vor diesem Spiel fand noch ein Jugendspiel statt zwischen VfL und Wedel, das VfL mit 1:0 gewinnen konnte. Leider wurde kurz vor Schluß ein Spieler so verletzt, daß er vom Platz getragen werden mußte.

Um die norddeutsche Kreismeisterschaft spielten die Bezirksmeister Kiel-Ost und FSV. Lübeck. Die Führung durch Kiel ist keine endgültige, da der Hamburger Meister ausschlaggebend in die Kreismeisterschaftsspiele eingreifen wird.

## Der Sonntag der Berliner Arbeitersportler

### Eintracht-Reinickendorf wird Meister der Abteilung A

Eintracht-Reinickendorf gegen Luckenwalde 15:3 (3:1)

Zu dem Entscheidungsspiel um die Meisterschaft in der Abteilung A der Kreisklasse — dem Vorschlußspiel um die Kreismeisterschaft — hatten sich gestern auf dem Sportplatz in der Kynaststraße etwa 1400 Zuschauer eingefunden, die bei prächtigem Sportwetter hochwertiges Fußballspiel zu sehen bekamen.

Eintracht war von Anfang an leicht überlegen und drückte so stark, daß sich Luckenwalde nur durch eine Serie von Ecken retten konnte. Diese Überlegenheit hielt während der ganzen ersten Halbzeit und weit in die zweite hinein an. Beim Stande von 5:1 riß sich Luckenwalde tüchtig zusammen. Man gab sich noch keineswegs besiegt und trug recht gefährliche Angriffe nach vorn, die auch zum zweiten und dritten Tor führten. — Wir werden morgen ausführlicher über dieses Spiel berichten.

In der Abteilung B konnte Adler 08 über Teltow mit 7:3 Toren gewinnen. Es stehen also in beiden Abteilungen die besten Mannschaften fest.

Weitere Resultate: Minerva—Volkssport-Neukölln 3:2. — Lichtenberg 2—Osten 4:3. — Minerva Bezirk—Normanna 2 3:3. — Friedenau 2—Trebbin 2 4:6. — Jugendmannschaft Zda. 5:0. — Minerva 2—Union-Tempelhof 1:0. — Minerva—ASV. Neukölln 3:0. — Minerva 2—Eintracht-Reinickendorf 2:2. — Minerva Schüler—Zossen 3:1. — Eiche-Bohnsdorf—Normanna 2 3:3. — Friedenau gegen Trebbin 3:4. — Friedenau 2—Trebbin 2 4:6. — Schöneberg 1—Vorwärts-Wedding 1 1:5. — Schöneberg 2—Vorwärts-Wedding 2 0:2. — Potsdam 2—Ketzin 2 7:1. — Werder gegen Drewitz 6:1.

### Von den Handballplätzen

1. Klasse  
FT. Velten gegen Eiche-Cöpenick 4:0 (1:0). In der ersten Hälfte sind beide Mannschaften gleichwertig und liefern sich ein flottes und faires Spiel. Nach dem Wechsel werden beide Mannschaften hart, jeder will den Vorsprung vergrößern. Es entsteht ein dem Arbeitersport nicht würdiger Kampf, bei dem das zerrissene, planlose Spiel von Cöpenick den Ausschlag gibt.

FTGB—Nordost gegen VS. Wedding 5:3 (5:1). Das Spiel beginnt mit sehr großem

vor Schluß konnte die Mitte von Elsterberg aus einem Gemassel heraus den Siegestreifer anbringen.

Lauterbach—Raschau 7:0. Gleich zum Anfang setzte ein scharfer Kampf ein, in dem besonders der Lauterbacher Halblinke hervortrat. Die sieben Tore waren auf seine Leistungen zurückzuführen. Der Halbzeitstand war auch schon 7:0. In der zweiten Halbzeit flaute das Spiel merklich ab.

2. Klasse: Lauterbach—Spielv. 23 2:3. Wenn die Lauterbacher Genossen die gezeigte Spielweise beibehalten, so werden sie in Zukunft einen straffen Gegner abgeben. — Elsterberg—Grün 3:0. Auch dieses Spiel nahm einen ersten Kampcharakter an, der sich aber im Rahmen des Erlaubten hielt.

— Auerbach—Rebesgrün 4:2. Die Gäste waren den Auerbachern Genossen in jeder Beziehung ebenbürtig, nur der Sturm vergab im gegebenen Moment die Schüsse. — Eintracht—Treuern 1:3. Die Eintrachtler hatten einen schlechten Tag, Treuern dagegen war im besten Fahrwasser. — Ellefeld—Dorfstadt 4:0. Der Gastgeber scheint von einem Sieg zum anderen zu eilen. — Wacker—Ruppertsgrün 4:0. Ruppertsgrün konnte bei ihrem ersten Spiel gegen die Wackerer nicht gefallen. — Haselbrunn—Pausa 3:3. Bei sehr hartem Boden lieferten sich beide ein faires und abwechslungsreiches Spiel, bei dem bald die Gäste, bald Plauen etwas mehr vom Spiel hatte. — Kürbitz—Eiche 5. Abt. km. 4:0. — Haselbrunn Knaben—Pausa Knaben 1:0.

Achtung Vereine! Auerbach sucht für 31. 1. 32 durch plötzliche Absage einen Gegner für 1. und 2. Klasse. Eilangebote an Arthur Krauß, Auerbach, V. Klinkenthaler Straße 47. Drebingen.

### Ergebnisse aus Sachsen

#### Fußball

Bezirk Dresden: Eintracht—Zschachwitz 4:3; Heidenau geg. DSV. 9:2; Pötschappel—Birkigt 5:3; Helios—Kaditz 09 0:0; Döltschen—Deuben 3:0; Radeberg—Kamenz 3:2; Cotta geg. Friedrichstadt 3:2; Coswig—Klotzsche 5:3; DBV. 15 geg. Lockwitz 7:1; Lobau—Meißen 2:1; Neustadt—Bunnewitz 1:0.

Bezirk Chemnitz: Olmitz—Stollberg 1:0; Glauchau geg. Planitz 4:2; Presento—Fortuna 3:2; Pfließ—Grüns 2:1; Vordwirts—Sch. nau 3:2; Friesen—Altmittweide 1:0; Rapid geg. Auerwald 2:1; Niederwirschnitz—Oberlungwitz 4:1; Konkordia—Meerane 2:2; Favorit—Ring 5:0; Mittelbach geg. Wacker 1:1.

Bezirk Mittweide-Döbeln: Rasensport Döbeln—Burgstadt 3:4; FC. Waldheim—Birkhardsdorf 0:0; Rodewitz—Nossen 2:2.

Bezirk Zwickau: Viersa—Reinsdorf 4:3; Wilkau geg. Zwickau 5:2; Crimmitschau—Marienthal 4:2; Oberhondorf geg. Mulden Nicola 1:2; Cainsdorf—Pöhlau 2:2; Zwickau—Nord—Poitz 2:0.

Bezirk Erzgebirge: Geyer—Zwönitz 2:2; Ehrenfriedersdorf—Herold 7:1; Zschopau—Siegmarsdorf 5:2; Gorna—Gelenu 1:0; Gornsdorf—Hornersdorf 5:0; Schneeberg—Rempegrün 3:6; Zschörlitz—Lindenau 10:0; Aue—Lößnitz 3:2; Crottendorf—Neudorf 1:9.

Bezirk Riesa: Nünchritz—Grätz 5:4; Raderau geg. Vorwärts-Riesa 2:2; Lommatzsch—Döbelner Ballspielclub 3:5; Präsen—Großenhain 8:1; Oschatz—Frauenhain 4:1; Kleinarschütz—Zeitzau 2:4; VfB. Riesa—Jahn-Mittweide 1:1; Zschörlitz—Wulkwitz 5:2.

Bezirk Leipzig: Südwest—Möckau 9:0; Sportclub 09—Nord 3:2; Frischluft—Wurzen—West 03 6:1; Südost—Vorwärts-West 1:1; Kieritzsch—Schönefeld 3:2; Großschoche geg. Preußen 5:1; Pegasus—Victoria 0:5; Schönaue—Thekla 4:0; Wahren—Fahlling 3:2; Pausandorf—Meuselwitz 7:1.

#### Handball

Bezirk Leipzig: Handball: Wahren—Schkeudnitz 5:5; Meckern—Südost 3:5; Grotzsch—Ostvorstadt 4:13; Schönefeld—Südwest 4:6; Vorw.—Süd—Nord 7:1. — Raßball: Böhltz—Ehrenfriedersdorf—Schleibitz 11:12; Lindenau—Südost 14:8; Trachena—Gedöls 6:5. — Hockey: Eiche—Südwest 5:3.

Bezirk Dresden: Altstadt—Dresden-Süd 4:2; Coschütz—Kötzschbroda 9:2; Ottendorf—Lichtenberg 13:2; Cotta—Coschütz 5:3; Cotta—Pausa 2:3; Rähnitz—Lobau 5:4.

Bezirk Zwickau: Planitz—Wilkau 8:6; Verden—Crimmitschau 4:4; Friedrichsgrün—Stöcken 4:12; Zwickau geg. Niederhain 6:3; Reinsdorf—Oberreichenbach 8:0.

Bezirk Erzgebirge: Aue—Neustädtel 1:6; Schneeberg geg. Raschau 2:6; Schneeberg—Lößnitz 7:2.

Bezirk Plauen/Vogtland: Eiche-Zentrum—Freie Schwimm 5:3; Eiche—Crimmitschau—Eiche-West 3:2. — Raßball: Jahn-Oelsnitz—Turverein Oelsnitz 4:6.

Bezirk Meißen-Riesa: Großenhain—Nünchritz 5:2; Riesa geg. Großenhain 6:4.

3:2; RV. Vorwärts 1 gegen Fr. Falthootfahrer 3:4; RV. Vorwärts 2 gegen Collegia 0:1.

2. Bezirk: Velten gegen Bartab 4:0.

3. Bezirk: Fr. Schwimmer-Charlottenburg gegen Falke 7:0; Fr. Schwimmer Charlottenburg 2 gegen Wilmersdorf 3; Fr. Kanufahrer gegen Zehlendorf 1:0.

4. Bezirk: Volkssport-Neukölln gegen Buch 4:2; Ruhlsdorf gegen Wilmersdorf 0:3.

### Hockey Tennistrot—Moabit fiel aus

Von den heutigen Hockeyserienspielen mußte das Hauptspiel um die Führung in der Abteilung A zwischen Tennistrot und dem Sportverein Moabit wegen aufgewickelten Bodens ausfallen. — Arbeitersportverein Rotweiß I und die Freie Sportvereinigung Pankow I 9:3. — ASV. Schöneberg I gewann gegen FSTV. Pankow II klar und überlegen 4:1. — ASV. Rotweiß II und ASV. Wedding I trennten sich 4:1. — Die FTGB. Tempelhof I und der Athletik-Sport-Club I spielten unentschieden 1:1 in einem Freundschaftstreffen.

Weitere Resultate: SV. Moabit II gegen FTGB. Tempelhof II 6:1. — Tennistrot III gegen ASV. Rotweiß III 1:1. — VfL. Ostwing III gegen Tennistrot IV 7:1. — Tennistrot II gegen PhC. Spandau II 4:2. — Athletik-Sport-Club II gegen ASV. Rotweiß Jugend 2:1. — In dem Frauenspiel siegte Tennistrot I über die zweite Mannschaft des Vereins 6:0 und ASV. Rotweiß gegen VfL. Ostwing mit 4:0 Toren.

### Serienspiel im Wasserball

Berlin XII gegen Spandau 0:4. Entgegen den Erwartungen kann Spandau auch ohne seinen besten Spieler, der bei einem Naziüberfall am letzten Donnerstag erheblich verletzt wurde, zu einem überlegenen Erfolg kommen. Berlin XII zeigte sich mit einer stark verjüngten Mannschaft, die für die Spiele in der A-Klasse noch nicht die erreichte taktische und technische Reife besitzt.

### SV „Freiheit“ wirbt Schwimmfest zum 25-jährigen Bestehen des Vereins

Mit diesem Jubiläumsfest hat Freiheit einen großen Erfolg in sportlicher und werbender Beziehung erzielt. Eine festlich geschmückte Schwimmhalle, starker Besuch und glänzende Stimmung, waren das äußere Zeichen. Die sportlichen Wettbewerbe waren besonders stark vom Nachwuchs umkämpft. Sehr interessant waren die Staffeltwettbewerbe. Als einen besonderen Erfolg kann man den 16er Frauen-Kunststreifen bezeichnen.

Nach der Festansprache durch den Vereinsvorsitzenden, trugen die vier Gründer des Vereins einen Einzelwettkampf aus, der zeigte, daß sie noch lange nicht „zum alten Eisen“ gehören. Den Abschluß des gut gelungenen Festes bildete ein Lampionrennen, der in seinem Schlußbild eine plastische Gruppe zeigte, die den Kampf um den Sozialismus darstellte. Umrahmt wurde die Gruppe mit roten Fahnen. Wirkungsvoll belichtete die bengalische Beleuchtung die plastische Darstellung. Alles in allem: Bravo, Freiheit, weiter so!

Resultate:  
Eröffnungsspiel, 10<sup>45</sup> 48 m: 1. Hellas 4:54 Min.; 2. Lichtenberg 4:55,2 Min. Kinderstaffette, 6<sup>48</sup> 48 m: 1. Lichtenberg 4:25,2 Min. 2. Freiheit 4:27 Min. Bruststaffette, 6<sup>48</sup> 48 m: 1. Freiheit 4:31,4 Min.; 2. Hellas 4:31,5 Min. Männerkrawlschwimmen, 96 m Klasse A: 1. Polte, Hellas, 1:01,2 Min.; 2. Richter, Freiheit, 1:02 Min. Klasse B: 1. Pritschow, Hellas, 1:05,2 Min.; 2. Gerke, Hellas, 1:06,8 Min. Springen: 1. Lahr, Freiheit; 2. Wenzel, Hellas. Mädelkrawlschwimmen, 14—16 Jahre: 1. Königberg, Möwe, 1:12,6 Min.; 2. Hinkelmann, Hellas, 1:15 Min. 16—18 Jahre: 1. Kutlich, Möwe, 1:07 Min.; 2. Kieckbusch, Neukölln, 1:08,8 Min. Männer, beliebig, 30—40 Jahre: 1. Schröder, Möwe, 30,8 Sek.; 2. Schüler, Freiheit, 31,8 Sek. Ueber 40 Jahre: 1. Jansen, Freiheit, 36,6 Sek.; 2. Bethke, Freiheit, 39 Sek. Männer-Lagenstaffel, 4<sup>39</sup> 96 m: 1. Lichtenberg 4:44,2; 2. Hellas 4:43 Min. Puffballspiel der Frauen Freiheit gegen FSGB-Mitte 3:0. Wasserballspiel Jugend Freiheit gegen Schöneberg 7:3; Männer Freiheit gegen Möwe 8:6.

### Aus dem Mainz-Wiesbadener Gebiet

Hier gab es nur noch kleinere Geplänkel in der Mittel- und Schlußgruppe. Nachdem die Meisterschaften vergeben sind, fällt das allgemeine Interesse an den wenigen, noch rückständigen Spielen aus. In der ersten Bezirksklasse gab es zwischen den beiden Mittelplatzvereinen Mainz—Gustavsburg und Mainz—Ginsheim einen spannenden Lokalkampf, der unentschieden 2:2 endete. Auch in der Schlußgruppe wurde nochmals hart um die Punkte gekämpft. Hier siegte Mainz-Weisenaum mit 1:0 Toren über den VfL Mainz.

In der 2. Bezirksklasse lieferte Wiesbaden—Erbenheim eine schwache Partie in Ingelheim. Mit 1:1 Toren teilen sich beide Gegner schließlich in die Punkte.

Freundschaftsspiele sah man in Rüsselsheim, wo Wallerstädten gastierte. Hier siegte die 1. Elf des Platzbesitzers mit 2:1, während die zweite Mannschaft gar ein 14:0 dem Gegner abzwang.

### Kegler-Städtekampf in Mainz

Die Arbeiterkegler von Mainz hatten sich zu einem großangelegten Städtetmatch die Genossen von Darmstadt und Wiesbaden (Club „Unner uns“ und „Wackles“) verpflichtet. In allen Kämpfen blieben die Mainzer über ihre Gegner siegreich. Mainz konnte so gegen Darmstadt mit 47,5 Punkte Vorsprung, gegen „Wackles“—Wiesbaden mit 34,8 Punkte Vorsprung und gegen „Unner uns“—Wiesbaden mit 49,4 Punkte Vorsprung gewinnen. Die Kämpfe konnten durch ihren spannen Verlauf lebhaften Beifall auslösen.

### Ein bedeutsamer Rugby-Wettkampf

Der zum Arbeiter-Turn- und Sportbund übergetretene Rugbyklub Hannover-Döhren bestritt im neuen Lager sein erstes Spiel und gewann gegen den Arbeiter-Rugbyklub Hannover 9:0 (3:0). Der Sieg ist auf die größere Spielerfahrung von Döhren zurückzuführen.

# 'Der „Vorwärts“ antwortet

Nach langem Schweigen hat der „Vorwärts“ endlich die Sprache gegen SAP und „SAZ“ wiedergefunden. Er benutzt sie, um zu versuchen, von dem Berliner Bezirksvorstand der SPD den Vorwurf abzuwaschen, dieser habe in den letzten Jahren unterlassen, gegen die in Korruptionsskandale verschiedenster Art verwickelten prominenten Sozialdemokraten organisatorische Maßnahmen zu unternehmen.

Wir möchten zur Bekräftigung der in der „SAZ“ erhobenen Vorwürfe auf einige Fälle der Verdeckung und Verwischung von Korruptionsfällen hinweisen. An der Spitze der sozialdemokratischen Beamten, die ihren politischen Einfluß geltend machten, um ihren Freunden und sich selbst persönlich Vorteile zu verschaffen, der

frühere Reichskanzler Gustav Bauer. Bauer hat im Sommer 1923 auf Grund seiner persönlichen Beziehungen für Barmat einen 6-Milliarden-Reichsbankkredit vermittelt. Barmat lehnte die vereinbarte Provisionszahlung an Bauer ab, worauf Bauer ihm einen Brief schrieb, in dem es heißt:

„Ob der 6-Milliarden-Kredit Ihnen Nutzen gebracht hat oder nicht, ist nicht meine Sache. Wenn er Ihnen wirklich keinen Nutzen gebracht hat, so wäre das lediglich Ihre Schuld. Ich hätte die 6 Milliarden — was Sie, soweit mir bekannt ist, auch getan haben — wertbeständig angelegt. Für die 6 Milliarden konnten Sie noch am 4. Juli bei einem Dollarstande von 161 000 Mark annähernd 38 000 Dollar kaufen. Der Kredit läuft 3 Monate. Bei der Rückzahlung haben Sie für die 6 Milliarden kaum 190 Dollar aufzuwenden. . . Ich bin trotzdem überzeugt, daß Sie mich nicht schädigen werden und hoffe, daß Sie die Berechtigung meines Standpunktes einsehen und mir mein Guthaben von 3249,33 Dollar und die restlichen 822 Gulden zahlen werden. . . Ich hoffe sogar, in absehbarer Zeit Ihnen ein neues Geschäft bringen zu können.“

Bauer ist nach dem zunächst erfolgten Ausschuß in allen Ehren wieder in die SPD aufgenommen worden und ist heute noch Mitglied. — In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant, zu erfahren, durch welche Verbindungen Bauer, der mit Luise Ebert und dem Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Hildenbrandt im Aufsichtsrat der Baugenossenschaft „Eintracht“ sitzt, die Gelder zur Gründung dieser Gesellschaft bekommen hat.

Bekannt und in der Öffentlichkeit viel erörtert ist auch die Tatsache, daß der Vorsitzende der Preussischen Landtagsfraktion der SPD, Heilmann, aus seiner Tätigkeit als Schiedsrichter, die ihm ebenfalls auf Grund seiner politischen Beziehungen zufiel, Zehntausende an „Nebenverdienst“ bezogen hat.

In den Verhandlungen des Sklarek-Prozesses wurde eine Reihe prominenter Sozialdemokraten in der Richtung aufs schwerste belastet, daß sie maßgebend daran mitgewirkt haben, daß die Sklareks Millionenkredite von der Stadtbank erhielten, um die die Stadt Berlin geschädigt worden ist.

Uns ist nicht bekannt geworden, daß gegen diese Parteimitglieder — mit Ausnahme Schneiders, der ausgeschlossen worden ist — vom Berliner Bezirksvorstand etwas unternommen worden ist.

Zu den „Schweineereien“, die zunächst verschwiegen und gedeckt worden sind, gehört auch die Mitschuld und Vertuschung des Scheuener Fürsorgeskandals durch die sozialdemokratische Stadträtin Weyl.

Wir wissen nicht, was der Berliner Bezirksvorstand der SPD in diesem Falle unternommen hat, in welcher Form „durchgegriffen“ wurde. Die Berliner Mitglieder wissen ebenfalls nichts davon.

Wenn in einer der letzten Berliner Stadtverordnetenitzungen unter lebhafter Zustimmung ein Redner erklärte, daß es ein Zufall sei, daß sich noch nicht alle Magistratsmitglieder in Moabit getroffen hätten, wirft diese Äußerung ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in der Berliner Stadtverwaltung in den letzten Jahren, an denen die Sozialdemokratie einen großen Teil der Schuld trägt.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Verwicklung sozialdemokratischer Führer in fast alle Korruptionsskandale der Republik der nationalsozialistischen Propaganda immer wieder zugkräftiges Material zugeführt hat.

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in dieser Zeit unterscheidet sich grundlegend von den Grundsätzen sozialdemokratischer

Politik zu einer Zeit, als noch Männer wie Bebel und Singer an ihrer Spitze standen.

Die Quittung für die heutige Haltung in allen politischen und persönlichen Fragen ist der SPD in den Wahlen der letzten Zeit erteilt worden, die nächsten Preußenwahlen und die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung — wenn es zu ihnen überhaupt noch

kommt — werden den Abmarsch der Anhänger vervollständigen. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat die guten Traditionen der alten Sozialdemokratie auch auf dem Gebiet des Kampfes gegen alle Korruption übernommen und hat auch in Berlin bereits eine breite Bresche ins reformistische Lager geschlagen, die sich täglich erweitert.

## Wegelagerer in Steglitz Kommunisten berauben Flugblattverteiler der SAP

Am Sonntag führte die Ortsgruppe Steglitz der SAP eine Werbeaktion für die Partei durch.

Dabei wurde ein Parteigenosse und Mitglied der SJV beauftragt, Flugblätter zur Verteilung zu bringen.

Kurze Zeit, nachdem die beiden Genossen mit ihrer Agitation begonnen hatten, erschienen plötzlich sechs Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Sie umringten die SAP-Genossen und forderten sie auf, ihre Flugblätter herzugeben. Einer der Straßenräuber erklärte, sie „gestatten es, Flugblätter gegen die KPD zu verbreiten“.

Darauf zog der Trupp unter Mitnahme der entwendeten Flugblätter ab und besaß noch, auf seine Uebermacht pochend, die Frechheit, zu erklären:

„Das nächste Mal geht es nicht so glatt ab.“

Es scheint uns allerdings, als ob es das nächste Mal nicht so glatt abgehen würde. Die Steglitzer Arbeiterschaft wird wohl noch Kraft genug besitzen, solchen Wegelagerern auf die Finger zu klopfen. Man wird in Zukunft Werbeaktionen so gesichert durchzuführen wissen, daß solche Rowdymethoden aus dem politischen Kampf verschwinden müssen.

Ein Ableugnen des Ueberfalles ist der KPD diesmal nicht möglich, da einer der Straßenhelden einwandfrei überführt wurde und die Tat bereits gestanden hat.

Wir richten aber die Frage an die kommunistischen Arbeiter, ob die Flugblätter der SAP schon so gefährlich für die KPD geworden sind, daß man sie mit faschistischen Räubermethoden aus der Welt schaffen muß.

### Die Studentenwahlen

Die am Montag von den rechtsstehenden Studentengruppen der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin veranstalteten Asta-Wahlen zeigen einen überraschenden Rückgang in der Wahlbeteiligung. Es haben von 14 868 Wahlberechtigten nur 5799 Studenten ihre Stimmen abgegeben, also nur rund 39 Prozent der Gesamtzahl der Berliner in- und auslandsdeutschen Studenten.

Die sozialistischen Studenten beteiligen sich nicht an den Wahlen, ebenso die Kommunisten.

Von den 100 Sitzen erhielten die Nationalsozialisten 65, die Stahlhelmer und Deutschen nationalen 20 und die Korporationsstudenten 15.

### Stotternde Gehaltszahlung

Die Stadt Berlin zahlt die Februargehälter an Beamte und Festangestellte am 30. Januar zu einem Drittel und an Angestellte und sämtliche Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Festangestellte, Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebenen) zur Hälfte aus. Bezüge bis zu 50 Mark werden voll ausbezahlt.

### Voruntersuchung wegen der Reinickendorfer Vorfälle eröffnet

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III hat am Montag die Voruntersuchung gegen 30 Personen, die an dem Zusammenstoß in der „Kolonie Felsen- eck“ beteiligt waren, eröffnet. Elf dieser Personen sind Nationalsozialisten, gegen die die Voruntersuchung wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Totschlags an dem Arbeiter Fritz Klemke eröffnet wurde. Gegen 17 Kolonisten, die teils der KPD angehören, teils ihr nahestehen, ist die Voruntersuchung wegen versuchten Totschlags und gegen zwei weitere Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem Kunstmaler Professor Schwarz und versuchten Totschlags an dem Werkzeugschleifer Witkowski eröffnet. Gegen alle Beteiligten, Nationalsozialisten wie Kommunisten läuft die Voruntersuchung auch wegen Verdachts, sich des Raufhandels schuldig gemacht zu haben.

### Ungetreuer Vermögensverwalter stellt sich

Der Kriminalpolizei stellte sich ein 43-jähriger Bruno Weiße aus Pankow und gab an, daß er als Nachlaßpfleger das ihm zur Verwaltung anvertraute Vermögen eines Mädchens in Höhe von 11 000 Mark unterschlagen habe. Weiße, der früher Werkmeister bei der AEG war und vor längerer Zeit entlassen wurde, erhielt am Sonnabend vormittag eine Vorladung des Vormundschaftsgerichtes, von dem er als Pfleger für das verwaiste Mädchen bestellt worden war, um über seine Vermögensverhältnisse Rechenschaft abzulegen. Da er aber größere Geldbeträge abgehoben und für sich verbraucht haben will, habe er es vorgezogen, sich der Kriminalpolizei zu stellen.

### Im Dienst gefallen

Der 56jährige Weichensteller Gottfried Rummel aus der Emser Straße in Neukölln

Jeder proletarisch denkende KPD-Arbeiter muß dafür sorgen, daß die Reihen seiner Partei von solchen Elementen gesäubert werden, die der proletarischen Sache nur Schaden bringen.

### Stahlhelm-Strolche Stahlhelmbanditen überfallen Arbeitersportler

Am Sonntagvormittag fuhren drei Arbeitersportler auf Fahrrädern nach dem Sportplatz in der Jungfernheide.

Dicht hinter der Siemensbrücke vor dem Elmo-Werk begegnete ihnen eine Truppe von 12 Stahlhelmlieuten, die vom Schießplatz kamen.

Um ihre Befähigung zum Bürgerkriegsspiel auch praktisch zu zeigen, provozierten die Banditen einen Zusammenstoß mit den Sportgenossen.

Auf ein Signal breiteten die Stahlhelmsportler sich aus, rissen die Arbeitersportler von den Rädern und schlugen auf sie ein.

Bei der Schlägerei wurden die drei Fahrräder der Sportgenossen völlig demoliert, außerdem raubten die Wegelagerer noch die Skimütze eines Genossen, worauf sie sich mit deutschem Mut aus dem Staube machten.

Arbeitersportler! Zieht die Konsequenz aus den täglichen Faschistenüberfällen! Schließt euch zusammen! Schmettet mit SAP und SJV die rote Einheitsfront gegen Faschismus und Terror!

wurde im Hofe des Stellwerks vor dem Potsdamer Bahnhof von einem Wannseebahnzug überfahren und getötet.

### Der Tod streckt die Hand aus

Um 14.10 Uhr wurde am Montag die 47 Jahre alte Ehefrau Berta Händschke aus der Frankfurter Allee 324 vor Frankfurter Allee 324a von einer Straßenbahn angefahren. Sie erlitt einen Schädelbruch und mußte ins Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht werden. Dort ist sie nach kurzer Zeit verstorben.

### Auf der Flucht niedergeschossen

Der 24jährige Kaufmann Böberich aus der Friedrich-Wilhelm-Straße in Tempelhof wurde bei einem Einbruchversuch in der Pumpen-

fabrik Hall, Linkstraße 19, überrascht und von Angestellten einer Polizei-Staffel übergeben.

Auf dem Wege zum Revier unternahm er in der Potsdamer Straße einen Fluchtversuch.

Da der Täter den Haltrufen der Beamten nicht folgte, gab ein Polizeibeamter einen Schuß ab, der den Flüchtenden am Unterschenkel verletzte. Er wurde ins Polizeikrankenhaus gebracht.

### Einbrecher zerschmettert

Der Hauswart von dem Hause Ritterstr. 9 erteilte Sonnabend nacht kurz nach zwei Uhr verdächtige Geräusche und alarmierte das Ueberfallkommando. Bei ihrem Eintreffen überraschten die Beamten einen Mann, der sich an der Eingangstür zu der Firma Zigarettenhaus Das-westen zu schaffen machte und nahm ihn fest. Er führte eine Anzahl Einbrecherwerkzeuge bei sich und einen großen Rucksack.

Er wurde festgenommen und dem Polizeirichter vorgeführt.

Ein Komplize wagte, als er die Polizei hörte, den Sprung durch das Flurfenster der zweiten Etage auf den Hof, blieb aber schwer verletzt liegen. Er wurde mit einem Schädelbruch, Bruch beider Schenkelbeine und einem Unterarmbruch dem Urbankrankenhaus und von dort dem Polizeikrankenhaus zugeführt.



### Ein Gegenschlag . . .

Die ununterbrochenen Ueberfälle der Faschisten auf Arbeiter tragen blutige Früchte. Die aufs äußerste erbitterte Arbeiterschaft weicht Provokationen nicht mehr aus.

Am Sonntag früh gegen 8 Uhr kam an der Ecke Zwingli- und Gotzkowskistraße ein Trupp Nationalsozialisten mit einem Trupp bisher unbekannt gebliebener Gegner ins Gefecht.

Auf seiten der Faschisten wurde geschossen, doch verletzte die Schießerei niemand. Dafür wurde jedoch der 16jährige Nationalsozialist Norkus aus Plötzensee durch einen Messerstich so schwer verwundet, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus Moabit starb.

Bisher ist keiner der Täter ermittelt.

Am Sonnabend hatte die Polizei 11 Kommunisten festgenommen, die angeblich einen Feuerüberfall auf heimkehrende Nationalsozialisten bei der Laubenkolonie „Grönland“ geplant hatten. Man fand bei den Verhafteten Schußwaffen, so daß eine Verurteilung wahrscheinlich ist. Nunmehr wird gemeldet, daß nach der Untersuchung der Angelegenheit einer der Verhafteten entlassen wurde, die anderen zehn werden dem Richter zur Aburteilung vorgeführt.

Die Universität wurde am Montag morgen wieder geöffnet. Die Polizei hatte im Einverständnis mit dem Rektorat Vorkehrungen gegen neue Krawalle getroffen. Im Gebäude waren Kriminalbeamte untergebracht, während außerhalb der Universität Schutzpolizei bereitgehalten wurde. Zu Zusammenstößen ist es nicht wieder gekommen.

Am Sonntag wurde eine Versammlung der KPD-Studenten in den Musikräumen nach dem Auftreten von roten Spießtrupps polizeilich aufgelöst. — Sozialistengesetz.

## Aus der Mark

### Schulferien 1932

Nach dem „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“, Heft 2 vom 20. Januar regeln sich die Schulferien für das Schuljahr 1932 folgendermaßen:

Provinz Brandenburg:  
Ostern: 23. März—6. April 1932;  
Pflingsten: 12. Mai—23. Mai 1932;  
Sommer: 30. Juni—4. August 1932;  
Herbst: 30. September—13. Oktober 1932;  
Weihnacht: 22. Dezbr. 1932—5. Januar 1933.  
Schluß des Schuljahres 1932/33: Freitag, 31. März 1933, für Volks- und Mittelschulen.  
Dienstag, 4. April 1933, für höhere Schulen.

Grenzmark Posen-Westpreußen.  
Ostern: 23. März—6. April 1932;  
Pflingsten: 13. Mai—24. Mai 1932;  
Sommer: 30. Juni—2. August 1932;  
Herbst: 29. September—12. Oktober 1932;  
Weihnacht: 23. Dezbr. 1932—10. Januar 1933.  
Schluß des Schuljahres 1932/33: Mittwoch, 5. April 1933.

### Brandenburg

Vorstandswahlen im Stadtparlament. Die SPD-Fraktion hat wieder ihre „Aufgabe“ erfüllt: sie hat sämtliche „Posten“ mit Mitgliedern aus ihren Reihen besetzt. Ebert ist wieder Stadtverordnetenvorsteher, Albrecht, der Leiter der örtlichen Polizei, sein Vertreter. Wir aber fragen: Was wird diese „starke“ SPD-Fraktion im Laufe des Jahres sonst noch für ihre Klassenossen tun? Wenn auf die Anfrage der KPD, was aus dem Antrage der Erwerbslosen auf Winterhilfe geschehen sei, geantwortet wird, daß diese durch die „sehr erhebliche Weihnachtshilfe durch den Magistrat“ seine Erledigung gefunden habe, so ist das eine grobe Entstellung. Der Magistrat hatte in diesem Jahre aus eigenen Mitteln keinerlei Weihnachtshilfe geleistet, während im vergangenen Jahre noch für jedes Kind eines Erwerbslosen 3.— Mark gezahlt wurden. Vom Magistrat wurden lediglich einige von privater Seite gestiftete Naturalien verteilt. So wird die „Wahrheit“ immer wieder geopfert, um die „Posten“ zu erhalten.

Trebbin  
Klassenkampf . . . ? Es gab einmal eine Zeit in der Trebbiner SAJ-Gruppe, in der sie

bei der Brandenburger Bezirksleitung als oppositionell verufen war; sogar Ausschlußkandidaten hatte sie in ihren Reihen. . . Einen Beweis für die Wandlung erbrachte der in dieser Woche veranstaltete Filmabend: „Meier auf Reisen“, im Auftrage der Reichsbahn gedreht. Hier wird natürlich nicht behandelt, wie die Proleten bequem Eisenbahn fahren können, sondern es sind lediglich Vorschläge für die Herren mit der dicken Brieftasche. Dann noch ein happy end-Streifen — herzergreifend! Doch das Schönste kommt immer am Schluß, so auch hier: „Vater Rhein“. Es genügt der Hinweis, daß er für eine kapitalistische Interessengemeinschaft gedreht wurde. Genossen von der SAJ, wir fragen euch, wollt ihr Schluß machen mit der „eisernen“ Front, dann handelt schnell, denn der Faschismus droht! Schließt euch der klassenbewußten Jugend an!

Eberswalde  
Generalversammlung des ZDA. Das Referat hielt Kirchmeier von der Gauleitung in Berlin. Der Mitgliederbestand ist 1931 gewachsen. Die alte Leitung wurde einstimmig wiedergewählt.

Niederfinow  
Unternehmer suchen Streikbrecher. Der Streik der Zimmerer am Schiffshebewerk dauert an. Fest steht die Belegschaft und einig in der Abwehr der unerhörten Lohndrückerei. Jetzt versucht man, aus Oberschlesien Streikbrecher einzusetzen. Arbeiter, übt Solidarität! Keiner darf den Streikenden in den Rücken fallen!

Rathenow  
Generalversammlung der „Liederfreunde“. In einer Generalversammlung der „Liederfreunde“, einem der beiden großen und bekannten Arbeiterchöre in Rathenow, wurde dem Chorleiter Grützmaker einstimmig Vertrauen und Dank für die bisher geleistete Arbeit ausgesprochen. Grützmaker ist einer der wenigen Lehrer, die sofort nach der Revolution sich dem Arbeitergesang zur Verfügung stellten. Unter seiner Leitung ist der Verein zu einem der angesehensten im Gau Berlin-Brandenburg des Arbeiter-Sängerbundes geworden.

### Prenzlauer Berg

Mittwoch, 27. Januar, 20 Uhr, im Ledigenheim, Pappelallee,

### Öffentliche Versammlung

Thema:

„Der Faschismus muß geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt!“

Zu diesem Thema sprechen:

Hans Gostomski (SAP),  
Hans Beck (KPD-O),  
H. Winkler (Leninbund).

Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.



## Sozialdemokraten über Sozialdemokraten

In einer längeren Artikelserie beschäftigt sich die sozialdemokratische „Bernertagwacht“ mit den Schlussfolgerungen, die sich für die Arbeiterschaft aus der gegenwärtigen Krise ergeben. Diese sind nun ganz anderer Art, als sie etwa die deutsche Sozialdemokratie propagiert. Das Blatt erklärt, daß der Sozialismus die einzige konstruktive Idee sei, und rückt weit ab von der Politik des „kapitalistischen Fortwurstelns“, und zwar auch dann, wenn man dem Kapitalismus ein soziales Mäntelchen umhängt. Ist das aber die Politik der Kapitalistenklasse allein? Darauf erteilt die „Bernertagwacht“ eine Antwort, die man sich namentlich im Lager der deutschen Sozialdemokratie merken sollte. Das Blatt erklärt:

„Diese Politik des kapitalistischen Fortwurstelns ist die Politik der nationalen Regierung in England, Brüning's in Deutschland und Musy's in der Schweiz. Leider hat sogar die englische Arbeiterklasse unter Macdonald geglaubt, diese Politik mitmachen zu müssen, und die SPD. verfolgt noch heute diesen hoffnungslosen Kurs.

Daß es mit dem sozialen Getue dieser Politik nicht weit her ist, hat die Krise klar geoffenbart. In diesem Stadium wird es daher schwer, diese Politik der Benebelung und Beschönigung aufrecht zu erhalten. Sie geht über in die Politik der rohen Gewalt, vorerst noch legal verbrämt, wie Brüning's Notverordnungen, im Hintergrund aber schon mit den Maschinengewehren drohend, sich mit dem Faschismus verbindend.“

Was heißt das aber anders, als daß die von der SPD betriebene Tolerierungspolitik, auch wenn sie sich in einen „eisernen“ Panzer hüllt, auf neue Tolerierung des Faschismus hinausläuft. In der Tat: Brüning und Hitler — das haben doch die letzten Wochen über jeden Zweifel hinaus klargestellt — sind nicht sich gegenseitig ausschließende Gegensätze, sondern nur zwei verschiedene zeitliche Phasen ein und derselben Entwicklungsreihe, und wer die zweite, das heißt den offenen Faschismus, bekämpfen will, darf die erste das ist das Notverordnungsregime Brüning's, nicht dulden.

Das ist auch die Erkenntnis der schweizerischen Sozialdemokratie, aber in der Zweiten Internationale steht sie mit dieser Auffassung in hoffnungsloser Isolierung.

## Hier richtet sich in Berlin häuslich ein

Berlin, 25. Januar.

Obwohl die faschistische Presse es demotiert, konnte eine Rückfrage bei gut informierten Mietern des Hauses Kaiserdamm 38 die wiederholte Bestätigung bringen, daß in diesem Hause, unmittelbar am Reichskanzlerplatz gelegen, eine 8-Zimmerwohnung für Hitler gemietet worden ist. Es wurde hinzugefügt, daß im gleichen Hause ein SA-Heim bereits jetzt eingerichtet wird. Anscheinend fühlt sich der Mordsturm 33 im schönen Westend wohler als in der Heibelstraße. Nicht weit entfernt wohnt übrigens der Reichsfinanzminister Dietrich, der sich bestimmt durch die Nachbarschaft Hitlers sehr geehrt fühlen wird.

Wiener „Abend“ beschlagnahmt. Der Wiener linksstehende „Abend“ ist am Sonntag wegen einer Mitteilung über Putschabsichten der Heimwehren beschlagnahmt worden.

# Brüning von Paris aus gesehen

Aus der französischen Kammerdebatte, die mit einem Vertrauensvotum für Laval beendet wurde, tragen wir noch den folgenden Bericht nach.

Paris, 24. Januar

Der dritte Tag der Debatte über die auswärtige Politik begann mit einer Rede des radikalen Abgeordneten Bergery. Er verlangte, daß man den wirtschaftlichen und psychologischen Realitäten Rechnung trage. Welches seien die Realitäten von heute? Hitlerkrise in Deutschland!

Die Erklärung Brüning's sei schon Hitlerianismus und die deutschen Massen seien bereit, sich von den 600 000 Braunhemden führen zu lassen.

Was habe die Hitlerbewegung in Deutschland möglich gemacht? Die Wirtschaftskrise werde ausgebeutet durch eine schrankenlose Demagogie. Aber welche Politik sei es gewesen, die diese Ausbeutung ermöglichte? Doch nur die Politik der Alliierten seit Versailles. Der Reparationsgrundsatz müsse aufrecht erhalten werden, aber man müsse auch bedenken, daß man jetzt 15 Jahre der Irrtümer hinter sich habe. Wenn man jetzt ein nachträgliches Opfer bringe, würde es nicht viel eher als Opferung einer Hoffnung als Opferung eines Rechts gelten? Die Schulden zu streichen, dürfte wirkungslos sein, wenn die Streichung nicht begleitet wäre von der Sicherung des Friedens.

Die Regierung sage: Keine Abrüstung, solange man keine Sicherheit besitze, sie bewege

sich also in einem Kreis, aus dem man nicht herauskomme.

Man müsse die wirtschaftliche Entwertung der Grenzen in die Wege leiten, dann sei die Abrüstung möglich.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Bergery auch von dem Besuch Laval's in Berlin. Die Aufnahme, die dieser dort gefunden habe, sei gut gewesen und man habe an die Aussprache Hoffnungen geknüpft. Dann aber sei das Communiqué gekommen, das ein

verkörpertes Nichts

gewesen. Es sei eine Enttäuschung eingetreten, die psychologisch gewertet werden müsse.

Ministerpräsident Laval

begann mit einem Hinweis auf Briand's Ausscheiden. Als Schüler Briand's und Schüler seiner Friedenspolitik, werde er sich bemühen, die Politik Briand's fortzusetzen. Laval ging dann auf die bekannte Erklärung Brüning's ein, die den Young-Plan vom juristischen Standpunkt aus nicht verleugnete, ihn aber als unanwendbar für die Zukunft bezeichnete. Dagegen habe die französische Regierung protestieren müssen, noch ehe das Parlament es tat. Die Sachverständigen hätten die Notwendigkeit eines Moratoriums anerkannt, aber Vorbehalte hinsichtlich der Zukunft gemacht, denn Deutschland verfüge über einen gewaltigen, gut ausgerüsteten Wirtschaftsorganismus. Frankreich werde eine Herabsetzung der Re-

parationszahlungen nur in dem Maße annehmen, in dem Herabsetzungen an den Kriegsschulden bewilligt würden. (Lebhafte Beifall.) Frankreich habe vielfach Gesten der Annäherung gemacht und seinen guten Willen, die europäische Union zu erleichtern, bekundet, aber Frankreich könne nicht annehmen, daß lediglich der gute Wille Deutschlands die Lösung diktiere.

Nach dieser Erklärung wurde der Regierung mit 312 gegen 261 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

★

In der deutschen Presse wird in der Rede Laval's allgemein eine Verschärfung der Lage erblickt. Die französische Presse verhält sich im allgemeinen zustimmend, nur im „Populaire“ schreibt Frossard, die Rede rechtfertige alle Besorgnisse der Sozialisten. Laval sei der Gefangene seiner Mehrheit. Er werde die Isolierung Frankreich's in der Welt vollenden. Niemand werde sich über die Aufrichtigkeit seiner Worte gegenüber Briand täuschen.

Laval habe auf die Politik seines Vorgängers die letzte Hand Erde geworfen wie bei einem Begräbnis.

An anderer Stelle sagt „Populaire“, jetzt sei kein Zweifel mehr möglich. Die Ereignisse der letzten Wochen hätten Laval nicht aufgeklärt. Er habe sich nicht über den Ernst der Lage in Europa Rechenschaft abgelegt, er habe nicht begreifen wollen, daß die kranke Welt von Frankreich Initiativen zur Heilung erwarte.

## Goerdeler wird berichtet

Erfundene Erfolge

Der Preisabbaukommissar hat entschieden Pech. Wiederholt folgten seinen Siegesberichten über erreichte Preissenkungen prompt die Korrekturen durch die betreffenden Gewerbe. Dazu gesellt sich jetzt ein neuer Fall. Vor einigen Tagen verbreitete das Büro des Kommissars die Mitteilung, daß dieser neuerdings auch mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels Fühlung genommen habe, und zwar besonders wegen einer Preisprüfung für Textilien und Schuhe. Damit wurde die Erklärung verbunden, daß auch auf diesem Gebiet noch Preissenkungen bevorstehen. Das wird nun von dem Hauptverband energisch bestritten. Die Meldung des Preiskommissars stehe in einem Widerspruch zu dem Eindruck, den der Hauptverband selbst von den Unterredungen gewonnen habe. Sie habe immer den Preiskommissar darauf hingewiesen, daß „solche falschen Meldungen geeignet sind, Beunruhigung in den Handel und vor allem falsche Auffassungen in der Bevölkerung über die Möglichkeiten noch weiterer Preissenkungen zu erwecken“.

Demgemäß wird dem Preiskommissar der freundliche Rat erteilt, „irrtümlichen Meldungen, die geeignet seien, Tatsachen zu verschleiern und falsche Vorstellungen im Publikum zu erwecken, sollte vielleicht in Zukunft besser vorgebeugt werden“. Diesem Rat schließen wir uns an, verkennen allerdings auch keinen Augenblick die Schwierigkeiten seiner Befolgung, denn wo bliebe dann die tägliche Siegesliste des Preiskommissars?

## Moskau warnt Tokio

Russischer Nichtangriffspaktvorschlag an Japan

TU. Moskau (über Kowno), 24. Jan.

Die sowjetamtliche „Iswestija“ unternimmt am Sonntag in einer Besprechung des sowjetrussischen Vorschlags auf Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Japan einen scharfen Vorstoß gegen die Politik der Japaner. Das Blatt schreibt, Japan habe die gespannte Lage im Fernen Osten dazu benutzt, um die Mandschurei zu besetzen. Damit nicht genug, habe der japanische Imperialismus auch den Vormarsch in die innere Mongolei begonnen, wobei die Tokioter Regierung offensichtlich den weißgardistischen Emigranten jede Unterstützung angedeihen lasse. In dieser Lage habe die Sowjetregierung Japan den Vorschlag gemacht, einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Die imperialistische Diplomatie habe nichts unternommen, um die japanischen Militärs an der Besetzung der Mandschurei zu hindern. Japan dürfe sich aber keinem Zweifel über die Auffassung hingeben, die in den Volksmassen der ganzen Welt über diese Politik Japans bestehe. Japan werde als eine der meist imperialistischen Mächte der Welt gesehen, deren Politik für den Frieden gefährlich sei. Wenn Japan den sowjetrussischen Vorschlag ablehnen sollte, so werde die Ueberzeugung wachsen, daß die Sowjetregierung bestrebt sei, den Frieden zu garantieren, während die japanische Regierung Ziele erstrebe, die zur Friedensstörung führen müßten.

## Danzig wählt nicht

Danzig, 24. J. Jan.

Bei dem heutigen Volksentscheid über die Auflösung des Danziger Volkstages wurden insgesamt abgegeben: 77 109 Stimmen, davon mit Ja 75 331 Stimmen, mit Nein 687 Stimmen, ungültig 1091 Stimmen. Wahlberechtigt waren 228 044. Für das Gelingen des Volksentscheides hätte die Mehrheit der Wahlberechtigten abstimmen müssen, also mindestens 114 023. Damit ist der Volksentscheid gescheitert.

Der Volksentscheid war von den Kommunisten eingeleitet worden. Die Sozialdemokraten und Polen hatten sich angeschlossen. Da die Volksentscheidparteien bei der letzten Wahl (November 1930) rund 74 000 Stimmen erhalten hatten, bedeutet trotz des negativen Ergebnisses die Zahl von 77 000 Abstimmenden einen guten Erfolg.

Entgegen der offiziellen Mitteilung, daß der Volksentscheid gescheitert sei, weil — wie in Deutschland — nur die Mehrheit der Wahlberechtigten ihn zum Siege führen könnte, erklärt der „Vorwärts“, der Volksentscheid habe zum Erfolg geführt, da im Gegensatz zu den Bestimmungen in Deutschland die Mehrheit der Abstimmenden entscheide.

## Verhaftungen in Lodz

TU. Warschau, 24. Januar.

In Lodz wurde im Zusammenhang mit dem andauernden Streik des Straßenbahnpersonals der Streikausschuß aufgelöst. Elf Mitglieder des Ausschusses wurden wegen „kommunistischer“ Werbearbeit unter den Streikenden verhaftet.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

30. Fortsetzung

Die jüngeren Männer, die einen Kartoffelvorrat mitgebracht haben, beginnen ihn sogar zu bombardieren.

Eine Kartoffel, die innen ganz schwarz ist und weich, fliegt dem Direktor zu, streift seine Schulter und klatscht dann zu Boden.

„Friß die!“

Am lautesten sind die ganz Jungen. Salvatore zielt mit Schwung unter Ingrid's bewundernden Blicken eine ausgewachsene Kartoffel, die nur einige Millimeter weit die Nase des Direktors verfehlt.

Sie haben keine Angst mehr, sie sind wieder eine große Masse, in der man keinen einzelnen erkennen kann. Der Direktor findet, daß es notwendig sei, entgegenkommendere Töne anzuschlagen.

Er trocknet mit einem Taschentuch seine Finger und ruft dann mit gleichmäßig freundlicher Stimme, als habe er nichts von dem unbotmäßigen Betragen bemerkt, der Menge zu:

„Nun, Leute, ihr laßt mich kaum zu Worte kommen, ich will ja nicht behaupten, die Kartoffel sei gut. Es wäre aber auch unwahr, zu sagen, die Kartoffel sei ungenießbar. Nun, sie ist etwas angefroren. Viele würden das wahrscheinlich gar nicht merken, zum Beispiel ich, wenn ihr mich nicht vorher aufmerksam gemacht hättet.“

„Ja, man muß so verwöhnte Gaumen haben wie wir, man verwöhnt uns zu sehr, Chef.“

„Wollt ihr mich vielleicht ausreden lassen? Ich werde natürlich sofort Abhilfe schaffen.“

Unsere Einkaufszentrale erhält genügend Mittel, um euch tadellose Nahrungsmittel vorsetzen zu können. Ich verspreche euch die genaueste Untersuchung; wenn ich Mißstände entdecken sollt, werde ich unnachgiebig vorgehen. Jetzt aber erwarte ich, daß jeder unverzüglich an seine Arbeit zurückgeht.“

„Und die Suppen, die wir bekommen, koste die mal, Chef.“

Der Direktor bleibt auf seinem Stuhl stehen und verlangt einen Teller Suppe.

„Gib ihm nicht zu knapp, Joe“, rufen mehrere dem Suppenverteiler zu.

„Er soll nicht Hunger bei uns leiden.“

Der Direktor beginnt die Suppe zu löffeln; er ißt, ohne eine Miene zu verziehen. Er löffelt und löffelt.

Seine Lage ist nicht angenehm. Die vielen Augenpaare, die sich alle auf seinen Mund richten, sind nicht bequem. Aber er ißt und ißt, bis kein Tropfen übrig bleibt. Dann zeigt er den leeren Teller der Menge.

Der Direktor lacht.

„Kinder, ich komme mir vor wie ein Baby, das Angst hat, es bekommt Haue, wenn es nicht alles aufißt. Aber Spaß beiseite, ich finde die Suppe nicht schlecht.“

„Aha, man will uns nichts Besseres geben.“

„Man glaubt, man kann uns mit einem Komödientenspiel sattmachen.“

„Wir wollen richtige Abhilfe.“

„Bei der Untersuchung über die Einkäufe der Zentrale für die Personalküche soll auch von uns jemand zugegen sein.“

„Es gibt hier noch genügend andere Mißstände, alle sollen untersucht werden.“

Der Direktor überhört alle Zwischenrufe; seine Rede geht glatt und liebenswürdig weiter.

Er weiß wohl, worauf es jetzt ankommt: sich vor bindenden Zusagen und Verpflichtungen hüten! Mit vielen Worten macht er vage Versprechungen und läßt versteckte Drohungen durchklingen.

Inzwischen ist das gesamte Aufsichtspersonal des Hotels einschließlich der „Offiziere“ und Detektive in dem Saal erschienen. Die Unzufriedenen werden stiller, man möchte nicht erkannt werden. Denn vor den höheren Angestellten mit dem gut trainierten Personengedächtnis löst sich die gesichtslose Masse in bestimmte Einzelwesen auf.

Anderer, wie Fritz oder der Gemüseträger, die die Lage klar erkennen, sagen sich, daß die vollkommen unorganisierte, uneinheitliche Masse mit solchem spontanen Vorgehen keinen Erfolg davontragen kann.

Die Masse löst sich langsam auf, die Gruppen zerbröckeln, viele treten den Rückzug an und gehen zur Arbeit zurück, als wäre nichts geschehen.

Jetzt, in der faulsten Stimmung erhebt sich ganz unerwartet die heisere, junge Stimme Shirleys.

„Sag, Papachen, wenn es dir hier so schmeckt, warum ißt du nicht immer mit uns?“

Sie ist selbst erstaunt, als sie sich reden hört. Sie findet die anderen feige, sie kuschen sich gleich, wenn man ihnen mit einer Drohung kommt, aber sie, sie will nicht schweigen. Und dann: sie kann es sich ja erlauben zu reden, morgen wird sie als reicher Gast wiederkommen. Dann wird der Direktor noch Bücklinge vor ihr machen. Heute ist ohnehin der letzte Tag, er soll wenigstens ihre Meinung hören über diese Lausebude, in der sie ihre Jugend verbracht hat.

Viele, die sich schon der Tür genähert haben, bleiben stehen. Man will noch hören, was dieses freche Gör weiter sagen wird.

Shirley spricht nicht verhüllt von der Masse; sie hat sich herausgewängt, herausgeschält, sie steht in unmittelbarer Nähe vor dem erstaunten Direktor.

Er dachte schon den ganzen Krawall abgewehrt zu haben, und nun gibt dieses kleine Wäscherhäufchen keine Ruhe.

„Du meinst, ich würde mit euch nicht speisen, weil ihr zu schlechtes Essen bekommt?“

„Freilich meine ich das. Man setzt uns einen Fraß vor und tut noch, als ob wir es weiß Gott wie gut hätten. Schon der Gestank in unserem Speiseraum ist zum Kotzen.“

„Wie heißt du, Mädchen?“

„Ich heiße Shirley.“

„Nun, Shirley, sieh dich mal um.“

Der Direktor macht eine breite, ausladende Armbewegung und zeigt auf den Saal, der sich langsam zu lichten beginnt.

Shirley's Augen folgen den Bewegungen des Armes.

Es sieht wild aus im Saal. Die Tische sind noch nicht gereinigt, sie ertrinken fast in den Ueberresten des Mittagessens. Auch der Boden hat reichlich vom Abfall abbekommen. Neben den zerquetschten, verfaulten Kartoffeln liegen Brotkrusten, schwimmt verschüttete Suppe.

„Nun, Shirley, meinst du, die Verwaltung ist schuld an dem Zustand des Saales? Wenn euch übel wird von der Luft hier, solltet ihr für Ordnung sorgen.“

„Ach, Chef, tun Sie doch nicht so, als ob wir schuld hätten. Ich weiß, Sie werfen die Kartoffelschalen nicht auf die Erde. Ich weiß sogar, daß Sie Ihre Kartoffeln nicht einmal zu schälen brauchen. Ich weiß ganz gut, wie die reichen Leute essen, das sehen wir ja, wir haben auch Augen. Ich habe schon genau so fein gegessen wie Sie, Chef, mit Fingerschalen und Spitzentüchern vor dem Dessert. Aber wenn man mir schweinish zu essen gibt, esse ich auch schweinish. Und wohin sollen wir mit den Kartoffelschalen? Wir haben ja keinen Platz, wir sitzen zusammengepfercht wie Heringe in unseren wahren Fauteuils.“

(Fortsetzung folgt!)

# Die Sowjetindustrie

1931: 16 Prozent Lohnsteigerung —  
1932: 11 Prozent vorgesehen

Moskau, 24. Januar.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion veröffentlicht die vom Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gebilligten Thesen zum bevorstehenden Bericht Ordzhonikidse auf der 17. Parteikonferenz über die Ergebnisse der Entwicklung der Sowjetindustrie im Jahre 1931 und über ihre Aufgaben im Jahre 1932. Die Thesen stellen den Wert der Industrieproduktion für 1931 mit 27 Milliarden Rubel oder 21 Prozent mehr als im Jahre 1930 fest. Hiervon kämen auf die Schwerindustrie ungefähr 12 Milliarden Rubel. Eine Reihe von Industriezweigen, wie die Erdöl- und die elektrotechnische Industrie, die Maschinenbau- und Konservenindustrie hätten den Fünfjahresplan in zweieinhalb bis drei Jahren erfüllt. Während die Zahl der Erwerbslosen in Europa und den Vereinigten Staaten 25 Millionen überstieg habe, und die Löhne stark gesunken seien, habe Rußland die Erwerbslosigkeit liquidiert. Die Zahl der Arbeiter sei 1931 gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen und

## der Lohn um 16 Prozent gestiegen.

Die Inbetriebsetzung der Charkower Traktorenwerke, der Moskauer und Nischinowgoroder Automobilwerke und anderer Werke hätten für die weitere technische Neuausrüstung der gesamten Volkswirtschaft eine mächtige Produktionsbasis geschaffen. Die Kapitalanlagen hätten sich im Jahre 1931 in der Industrie auf 7 Milliarden Rubel belaufen, was die Anlagen im vorhergehenden Jahr um insgesamt 2,5 Milliarden übersteigt. Andererseits werden auch die Mängel der Arbeit in der Industrie im abgelaufenen Jahre hervorgehoben, das schlechte Funktionieren des Transportwesens im ersten Viertel des Jahres 1931, die mangelhafte Organisation der Arbeit, die ungenügende Beachtung des Wirtschaftsprinzips und anderes.

Als Hauptaufgaben der Industrie im laufenden Jahre erwähnen die Thesen: Steigerung der Gesamtproduktion der Industrie um 37,5 Milliarden Rubel, das heißt 37 Prozent mehr als 1931, Senkung der Selbstkosten mit 7 Prozent, Zunahme der Zahl der Arbeiter um 1.200.000. Zunahme des Lohnes um 11 Prozent, Steigerung der Produktivität der Arbeit um 22 Prozent. An Kapitalanlagen sind vorgesehen 12 Milliarden Rubel, davon in der Schwerindustrie 9,2 Milliarden. Hauptaufgabe ist die Ausführung des Programms für Eisenhütten, Industrie, Kohlenbergbau und Maschinenbau. Die Roheisenproduktion ist mit 9 Millionen Tonnen Stahl, 9,5 Millionen Tonnen Walzisen, 6,7 Millionen Tonnen Qualitätsstahl gegen jetzt 660.000 Tonnen vorgesehen, die Kohlenförderung mit 90 Millionen Tonnen und die Koksproduktion mit 13,5 Millionen Tonnen. Die Thesen fordern eine weitere Mechanisierung der Kohlenförderung und entschiedene Verbesserung der kulturellen, sozialen und Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter. Das Elektrifizierungsprogramm sieht in der Inbetriebnahme von anderthalb Millionen Kilowatt vor, was dem gesamten zehnjährigen Elektrifizierungsplan, den Lenin im Jahre 1921 bestätigte, gleichkommt. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden vorgeschlagen: Beseitigung der Unpersönlichkeit der Arbeit, indem jede Maschine einen bestimmten Arbeiter zu erhalten hat, der für die Arbeit verantwortlich ist; Beseitigung der Gleichmacherei auf dem Gebiete der Löhne, weitergehende Fürsorge und Rücksicht gegenüber Ingenieuren und Technikern sowohl der alten Schule als auch der neuen Generation zur Belebung ihrer Initiative, schließlich Befestigung des Wirtschaftsprinzips. Die materiellen und finanziellen Mittel und Arbeitskräfte müssen an den wichtigsten Bauobjekten konzentriert werden, um ihre Inbetriebsetzung im Jahre 1932 zu ermöglichen. Zu beschleunigen ist die Mechanisierung der Arbeiten in der Steinkohlenindustrie, der Hüttenindustrie usw. Zur Entwicklung und Aneignung der Technik ist eine immer enger zusammenarbeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitute mit der Industrie notwendig, insbesondere durch beträchtliche Verstärkung der Fabriklaboratorien. Die Thesen sehen eine breite Entfaltung der technischen Produktionspropaganda und die Heranbildung qualifizierter Arbeiter, Ingenieure und Techniker vor, was als Vorbereitungsmaßnahme der Durchführung des Planes von 1932 bezeichnet wird.

## „Unser“ Reichspräsident

TU. berichtet aus München: „Anlässlich seines gestrigen 70. Geburtstages war Prinz Alfons von Bayern Gegenstand zahlloser Glückwünsche und Ehrungen, die bereits am Freitag einsetzten und immer noch fort-dauern. Unter den Gratulanten befinden sich Kaiser Wilhelm II., Reichspräsident von Hindenburg, der päpstliche Nuntius, die bayerischen Kirchenfürsten, Mitglieder der deutschen und österreichischen Fürstenhäuser, die Militär- und Offiziersvereinigungen, die Schützenverbände, zahlreiche Kreise des Bürgertums, des Sportlebens und der Studentenschaft. In der Villa des Prinzen sind zahlreiche Geschenke und Ehrengaben auf-gebaut.“

# Antisemitismus und Klassenkampf

Die Arbeiter sind in den letzten 12 Jahren überreichlich mit den Namen Marx und Engels gefüttert worden, der breiten Masse aber deren geistiges Erbgut zu vermitteln, die dialektisch-materialistische Denkmethode, das haben Arbeiterorganisationen und Arbeiterpresse aller Richtungen im wesentlichen versäumt. Dagegen ist in ihrer Gedankenwelt mehr als nötig der Führerglaube gestärkt, der Glaube, daß große Männer am Verhandlungstisch, im Parlament, in Staatsämtern ihre Geschicke leiten werden. Damit wurde nicht nur die Selbstbewußtseinsentwicklung gehemmt und die Passivität gestärkt, damit wurde auch der idealistischen, d. i. bürgerlichen Weltanschauung Vorschub geleistet, daß „Männer die Geschichte machen“.

## Triebkräfte des Faschismus

Das aber ist auch schon die Brücke zur Ideologie des Faschismus, wenn, wie das bei großen Massen der gegenwärtigen Arbeitergeneration der Fall ist, hauptsächlich bei während und nach dem Kriege heran-gewachsenen Jungproletariern, ihnen jede Erkenntnis der geschichtlichen und ökonomischen Zusammenhänge abgeht. Auf einem so vorbereiteten Boden haben die Phrasen des Antisemitismus, die Schrittmacher des Faschismus, leichtes Spiel. Denn die Dinge haben nun mal ihre Logik, auch wo sie den Menschen abgeht. Ein paar große jüdische Kapitalkönige sind schuld am Zusammenbruch der Wirtschaft, an der schlechten Regierung des Staates und mit-hin am Elend der Arbeiterklasse. Die großen Männer des Faschismus werden die Juden aus dem Lande jagen oder ihnen die Köpfe abhacken, herrlich gut regieren und wir haben das Paradies auf Erden.

Gewiß hat der Faschismus seine Triebkräfte in der Struktur der Wirtschaft. Der Zulauf der inflationsgeschädigten und durch die fortschreitende Technik enteigneten Kleinbürger und der gesellschaftlich und wirtschaftlich entwurzelten Offiziere, die beide den Gang der Geschichte zurückdrehen möchten, dazu großer Teile des stark angewachsenen Intellektuellenproletariats findet hierin seine Erklärung. Nicht erklärt ist damit die Tatsache, daß ihm Hunderttausende (? Red.) von Industrie-proletariern zuströmen, sich auf dem äußersten rechten Flügel der Bourgeoisie formieren und sich gegen ihre ureigensten Lebensinteressen einsetzen lassen. Sie, die dem Faschismus allein sein politisches Gewicht geben, stoßen erst zu ihm, nachdem sie anti-semitisch angekränkt sind. Mit moralischen Argumenten ist da nichts getan.

## „Die Juden beherrschen die Wirtschaft“

Die „Argumente“ des Antisemitismus sind, daß die Juden durch ihre Kapitalmacht die Wirtschaft beherrschen, daß sie nur Fabrikanten, Bankiers, Händler seien und körperlicher Arbeit abgeneigt sind. Wie verhält es sich damit?

Die Anzahl der Juden beträgt in Deutschland (wie im Weltmaßstab) noch nicht ein Hundertstel der Gesamtbevölkerung. Davon sind nur ein geringer Bruchteil wirkliche Kapitalisten. Ihnen gegenüber steht die große Masse der jüdischen Arbeiter der Bekleidungsindustrie, Handwerks-gesellen, kleinen Angestellten und kleinen Händlern, die nicht weniger ausgebeutet sind als die Arbeiter.

Selbst wenn man annehmen würde, daß die kapitalistischen Juden im allgemeinen viel reicher sind als die nichtjüdischen Kapitalisten (was aber nicht der Fall ist), so käme immerhin nicht mehr als ein Hundertstel auf aus-beutendes „jüdisches“ Kapital und 99 Hundertstel auf „nichtjüdisches“. Kapital ist aber nie jüdisch oder christlich oder nonamedanisch, Kapital ist eben Kapital und beutet die Proletarier aus, in welchen Händen immer es sich befindet. Also kann man nie den Juden bekämpfen, sondern den Kapitalismus, die Gesellschaftsordnung, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht.

Von der Grundlage der deutschen Wirtschaft befindet sich so gut wie nichts in jüdischen Händen. Die Landwirtschaft ist zu mehr als 99 Prozent gut „christlich“. Fast ebenso verhält es sich mit der Schwer-industrie (Zechen, Hochöfen, Halbzeug-fabriken). Erst in der weniger ausschlag-gewendigen Fertigungsindustrie ist nennens-wertender jüdischer Kapitalbesitz vertreten, aber keinesfalls mehr, als der Zahl der jüdischen Bevölkerung entspricht; kapitalmäßig wohl nicht mehr als 1 Hundertstel des in der Industrie investierten Kapitals. Verhältnismäßig starker scheint jüdischer Kapitalbesitz am Finanzkapital beteiligt. Aber das scheint nur so. Im Privatbankgewerbe sind die Nichtjuden bedeutend stärker vertreten als die Juden. Ebenso unter den leitenden Personen der Aktienbanken. Hier aber vertreten die jüdischen Bankiers und Bankdirektoren nicht nur jüdischen Kapitalbesitz, denn die Aktionäre, die Besitzer des ausbeutenden Bankkapitals sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Nichtjuden. Prozentual sind die Juden stärker im Handel vertreten, desgleichen unter den kaufmännischen Angestellten. Hier liegt auch der Angelpunkt des Antisemitismus. Dies müssen wir auf seine Ursachen untersuchen.

## Geschichte der Juden

Die Geschichte der Juden läßt sich — ge-stützt auf geschriebene Geschichte der Juden,

Babylonier und Assyrer — auf 3500 Jahre zurück verfolgen. Damals waren die Juden Ackerbauer. Dies blieben sie auch die nächsten 1500 Jahre. Daneben betrieben sie handwerks-mäßig alle Gewerbe. Den Handel in Palästina besorgten Nachbarn. Und zwar die Phönizier, jenes merkwürdig fortge-schrittene Handels- und Fabrikvolk des Alter-tums, das mit seinen Schiffen die Weltmeere durchkreuzte und den Warenverkehr unter den Völkern der ganzen damals bekannten Welt vermittelte.

Der Ackerbau der Juden und damit ihr Wohlstand stand auf einer außerordentlich hohen Stufe, weshalb sie von allen Seiten mit Krieg überzogen wurden. Jahrtausende hindurch wechselten Niederlagen und Siege, aber meistens waren die Feinde in überwältigender Mehrheit und die Juden waren die Unter-drückten. Durch die fast immerwährende Unterdrückung, die ständigen Angriffe und Belagerung des Landes durch fremde Kriegsvölker waren sie „wehrrhaft“ geworden und leisteten im Kriegshandwerk, sogar in Angriffen und Eroberungen ebenso tüchtiges wie im Ackerbau und Gewerbe. Nebenbei hatten sie den Phöniziern den Handel abgequackt.

Die andauernde Unterdrückung Palästinas durch die größeren Reiche brachte es mit sich, daß Verschwörungen, Rebellionen, Aufstände nie aufhörten. Verfolgungen, Flucht, Ausweisungen im größten Ausmaß waren die Folge. Es ist erklärlich, daß die geflüchteten und aus der Heimat ausgewiesenen Juden im Auslande anfangen, was sie daheim von Fremden gesehen und gelernt hatten: sie trieben Handel. Und wo sich genügend Juden angesammelt hatten, wie in vielen Städten Griechenlands, d. h. wo sie anfänglich bei Landsleuten eine Existenzgrundlage hatten, wurden sie Wissenschaftler, Ärzte, Philosophen, Lehrer, Künstler, Baumeister. Erst aus Ausgrabungen der allerletzten Zeit wissen wir, daß die Juden schon vor 4000 und 5000 Jahren in ihrer Heimat eine hohe Baukultur entwickelt und auf dem Gebiete der Malerei, Bildhauerei, Gold- und Silberschmiederei usw. staunenswertes geleistet haben. Die ausschlaggebende Existenz-möglichkeit der Juden im Auslande aber blieb der ihnen aufgezwungene Handel.

## Ueber alle Welt zerstreut

Entscheidend beeinflusst wurde das Schick-sal der Juden aber erst durch die letzte und vollständige Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 unserer Zeitrechnung. Durch einen ver-zweifelten Aufstand, der im Jahre 66 begann und 4 Jahre dauerte, versuchten sie, das sie seit 100 Jahren bedrückende römische Joch abzuschütteln. Sie wurden von den Römern entscheidend geschlagen, zum allergrößten Teil der Heimat verwiesen und über alle Welt zer-streut, vor allem über ganz Europa.

Jetzt war es vorbei mit Ackerbau, Gewerbe und Kriegshandwerk. In keinem dieser Berufe wurden sie geduldet, vom Grundbesitz ausge-schlossen, vielfach mißtrauisch angesehen und verfolgt. Das heidnische römische Reich machte eine rühmliche Ausnahme. Es behandelte den geschlagenen Feind milde und machte sich dessen geistige Ueberlegenheit zunutze. Die Geschichte jener Zeit weiß von einer großen Zahl jüdischer Gewerbetreibenden, Künstler, Baumeister, Gelehrter, vor allem Mediziner, Philosophen und Naturwissenschaftler. Viel-fach stiegen die Juden zu den höchsten Staats-ämtern empor.

## Unter Ausnahmegesetzen

Anders wurde es, als das bis dahin selbst unterdrückte Christentum seinen Siegeszug über die bisher vom heidnischen römischen Reich beherrschten Länder antrat. Wo es zur Macht kam, stellte es die Juden sofort unter Ausnahmegesetze und schritt zu Ver-folgungen, Drangsalierungen und Programmen. Nicht selter ließen bei solchen Tausende zu-gleich ihr Leben unter den Händen der fanatisierten Menge. Die Ursachen war dieselben wie heute: die Ausbeuter, Pfaffen, Adel und Patrizier lenkten die von ihnen verblödeten und bis aufs Blut ausgepöpelten Massen auf die Juden als die angeblichen Schuldigen, und damit von der wahren Ursache ihres Elends ab. Wie heute waren Judenhetze und Programe stets das Abzugsventil für den aufgespeicher-ten Groll der darbenenden Massen, um Explosi-onen zu verhüten, unter denen die ganze Aus-beuteordnung zu Schaden hätte kommen können.

## In Deutschland...

In Deutschland genossen die Juden den „Schutz“ des Kaisers. Gegen hohe Abgaben erhielten sie das Recht, Gelder gegen Zinsen auszuliehen. Die braven deutschen Untertanen waren von ihren Fürsten bis aufs Hemd ausgeplündert und waren auf die Geldver-mittlung der Juden angewiesen. Die Fürsten verschafften sich Geld, indem sie den Juden immer höhere Abgaben auferlegten und sie anwesend, immer höhere Zinsen zu fordern. Die Juden waren die Pumpe, mit denen die christ-lichen Fürsten ihre Untertanen auspumpten. Außerdem waren die Juden noch für den Warenhandel konzessioniert und hier noch mehr Erpressungen ausgesetzt. Jeder andere Beruf war ihnen verboten. Zudem waren sie nur auf besondere Wohnviertel angewiesen (Ghettos) und zum Tragen besonderer Kleider, oft recht putzigen Kostümierungen gezwungen, um sie kenntlich und verächtlich zu machen. Waren Not und Verzweiflung der breiten Masse aufs höchste gestiegen, wurden sie auf die

Juden gehetzt; waren diese wieder vollständig ausgeplündert, wurden sie wieder mit Wucher und Schacher auf die Bevölkerung losgelassen. Diese Lebensweise denke man sich Generationen, Jahrhunderte hindurch, und wir erkennen in den „jüdischen“ Eigenschaften die Eigen-schaften der christlichen Pfaffen und Fürsten, die ihnen von diesen aufgezogenen und ver-erbt wurden.

## Juden als Bauern und Industrieproletarier

Wo den Juden die Möglichkeit gegeben war in körperlich arbeitende Berufe einzudringen, blieben sie ihnen nicht fern. In Galizien z. B. stellen sie die Mehrzahl der Handwerker und industriellen Arbeiter, in den deutschen Ostprovinzen einen sehr starken Anteil. In Palästina haben jüdische Proletarier aus aller Welt, aus Wüsten und Fels-geröll mit Dynamit und Rodehacke blühende Haine geschaffen. Wo aber die Juden Gleich-berechtigung hatten, d. h. wo es keine Anti-semitismus gab, gibt es überhaupt keine Juden mehr. Sie sind in der anderen Be-völkerung aufgegangen, z. B. in Italien. Ohne Antisemitismus kein „Judentum“.

## „Der Sozialismus der dummen Kerle“

August Bebel hatte schon recht: Der An-tisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle und eine Ablenkung der Proletarier vom Klassenkampf. Klassen-bewußte Arbeiter teilen die Menschen nicht in Rassen, Religionen, Hautfarbe, sondern in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete. Jüdische, russische, amerikanische, afrikanische Arbeiter stehen ihnen näher als deutsche Kapitalisten; sie bekämpfen nicht einzelne Men-schen, sondern die kapitalistische Gesellschaf-tsordnung. Ihr Ziel ist nicht die Nation, sondern der Sozialismus, der die Klassen und Nationen aufheben und alle Menschen zu Brüder machen wird.

Rudolf Pienkowski.

## Hitler will Rußland teilen

Hitler hat der polnischen Zeitung „Novy Czas“, die ihn nach seiner Ansicht über die ukrainische Bewegung in Osteuropa gefragt hatte, eine ausführliche Antwort erteilt, in der es heißt:

„Der Nationalsozialismus denkt, daß die Existenz eines großen Rußland nicht im Interesse Deutschlands liegt, wobei übrigens ein zaristisches Rußland unendlich gefähr-licher wäre als das Rußland der Sowjets. Deutschland würde wünschen, daß in Ost-europa ein mächtiger ukrainischer Staat entstanden wäre. Aber ohne Zweifel ist die Gründung eines solchen Staates nicht eher möglich, als sich nicht die Frage der Teilung Rußlands aufdrängt.“

Mit der Teilung Rußlands wird Hitler wohl noch ein Weilchen warten müssen. Da sprechen nicht nur die Sowjets selbst, sondern auch das Proletariat der ganzen Welt ein Wort mit.



## „Freiheit für uns!“

So lautet, nach dem Kehrreim des kleinen Liedes, das die Tuppelkünden am Schluß singen, das Wort, das die deutsche Filmfirma, die den neuesten René-Claire-Film her-ausbringt, in den hier ganz nichtssagenden Titel umgedeutet hat: „Es lebe die Freiheit!“ Es ist ein durch und durch anarchistischer Film, den da der junge französische Regisseur geschaffen hat, voll Tändelei und Witz, mit spielerisch gebrachten Wahrheiten. Im Arbeitssaal des Zuchthauses beginnt er; zwei Gaunern glückt der Ausbruch. Der eine macht große Karriere und endet schließlich als Generaldirektor einer Grammophonfabrik, während der zweite nach einiger Zeit dort als Arbeiter Brot findet. Ein hartes Brot am lau-fenden Band. Hier gibt Claire eine soziale Sa-tire, in der die Arbeiter schließlich dank der technischen Vervollkommnung der Maschine überflüssig werden und in Scharen — nicht stempeln, sondern angeln und tanzen gehen dürfen. Bis frühere Zuchthausgenossen dem Generaldirektor auf die Sprünge kommen und er, um nicht hoppgenommen zu werden, mit seinem ersten Freund wieder auf die Walze geht. Eingestreut sind ein paar entzückende Liebesszenen, die ganz leicht und diskret ab-rollen, ohne Komplikationen und ohne alles Pathos. Dazu soll noch gesagt werden, daß nicht nur die Frauenrolle beglückend verkör-pert ist, sondern daß auch die männlichen Rollen durchweg von richtigen Männern dar-gestellt werden und nicht von Schmachtlappen wie Willy Fritsch oder ähnlichen deutschen Stars in ähnlichen Rollen.

Die ganze Ueberheblichkeit und Lebens-fremdheit und der tierische Ernst des Klein-bürgers, der es unstatthaft findet, wenn der Arbeiter einmal lacht und sich freut, gehört dazu, diesen Film mit der Elle des proletarisch-revolutionären Schriftstellerklubs zu messen. Er steht glücklicherweise weit über diesem Niveau.